

Carsten Wieland

Syrien nach dem Irak-Krieg – Stagnation oder Umbruch?

Einleitung

Syrien steht am Scheideweg. Nach dem überraschend schnellen Ende des Irak-Krieges und dem wachsenden Druck der USA und Israels gerät das formell sozialistische Ba'th-Regime immer stärker in Bedrängnis – auch von innen. Und das zu einer Zeit, in der der junge Präsident Bashshar al-Asad noch immer nicht seine Macht gefestigt hat.

Das Land ist derzeit umgeben von Feinden (Israel), wenig freundlichen Nachbarn (Türkei, Jordanien) und instabilen Ländern (Irak). Übrig bleibt der kleine Libanon im Westen, der wirtschaftlich als syrisches Hong Kong fungiert sowie als der Hinterhof von Damaskus für demokratische Experimente und kritische Debatten. Die meisten syrischen Oppositionellen publizieren vor allem in libanesischen Zeitungen. Wenn auch nicht immer die Zeitungen (wegen der Zensur), dann kommt zumindest die Botschaft garantiert in Damaskus an.

Aus westlicher Sicht war Syrien seit dem Putsch der Ba'thisten 1963 ein Land mit wenigen Sympathie-Punkten. Es ist eine Diktatur, bis zum Juni 2000 geführt mit eiserner Hand von Hafiz al-Asad. Das Regime gehört bis heute zu den am wenigsten durchschaubaren in der Welt. Folter, Willkür, Unterdrückung politischer Abweichler, Führerkult und Einschüchterung durch den starken Geheimdienst gehören mit zum Bild. Darüber hinaus hatte sich das Land mit der Sowjetunion verbündet. Offensichtlichstes Erbe aus dieser Zeit sind völlig herunter gekommene Militärfahrzeuge, die oft mit Motorschaden am Straßenrand liegen.

Zwar schlug sich Hafiz al-Asad 1991 im ersten Golfkrieg überraschend auf die Seite der US-geführten Alliierten gegen den Irak. Doch ließ sich Syrien weiterhin nicht in ein außenpolitisches Korsett zwängen. Das macht das Land unbequem, besonders für Israel, mit dem sich Syrien offiziell noch im Kriegszustand befindet. Nachdem bereits der anglo-amerikanische Angriff auf den Irak 2003 im Einklang mit der israelischen Agenda stand, ist Damaskus für Jerusalem nun der „natürliche Feind“ Nummer eins. Dabei stehen der Streit um die von Israel besetzten Golan-Höhen, Syriens Unterstützung für die schiitische Hizbullah im Südlibanon und seine „Gastfreundschaft“ gegenüber palästinensischen Widerstandsorganisationen, wie sie Syrien nennt, oder Terroristen, wie sie Israel nennt, im Vordergrund. Ein Regime-Wechsel in Damaskus steht mehr oder weniger offen auf der Agenda Israels und der USA für eine „Neuordnung“ des Nahen Ostens.

Syriens Gesellschaft und westliche Ideale

All diese Argumente bewegen sich jedoch ausschließlich auf der politischen System-Ebene. Gesellschaftlich gesehen müsste die Bewertung Syriens anders aussehen, sofern die Kriterien westlicher Ideale konsequent angewandt werden. Besonders im Vergleich mit seinen Nachbarn hat sich in Syrien ein bemerkenswerter, wenngleich sehr relativer gesellschaftlicher Säkularismus gehalten. Das ist eine wichtige

Feststellung in einer Zeit, in der sich westliche Entscheidungsträger, allen voran die US-Regierung, über ein Erstarken des politischen Islam in der arabischen Welt besorgt zeigen und er als Nährboden für den aktuellen Terrorismus angesehen wird. Zwar ist der syrische „Säkularismus“ Teil der Staatsideologie. Doch haben Toleranz und religiöser Pluralismus in Syrien eine lange Tradition, die weit über die Machtübernahme durch Angehörige der liberalen schiitischen Alawiten-Sekte hinaus reicht.

Christen und Muslime verschiedener Glaubensrichtungen und sogar Juden leben in Syriens Städten friedlich zusammen, während sich in den Nachbarländern wie Jordanien, Ägypten, Irak und auch im politisch offeneren Libanon Religionsgemeinschaften einigeln, abschotten und verkrusten. Sie stehen in einem Identitätswettbewerb, der in seiner dialektischen Eigendynamik einen Zwang entwickelt hat, sich immer deutlicher einer bestimmten Gruppe zuzuordnen oder zuordnen zu lassen. Die Gesellschaften der arabischen Welt zeigten in den vergangenen Jahrzehnten nach außen eine stärkere Orientierung zum Islam – bedingt vor allem durch den realitätsverzerrenden israelisch-palästinensischen Dauerkonflikt.

Auch in Syrien nehmen der Einfluss konservativer Islamgelehrter und die Zahl der Frauen, die in Kopftücher gehüllt sind, in jüngster Zeit sichtbar zu. Dennoch hat sich in dem Land eine überproportionale Vielfalt von Lebensweisen und Gewohnheiten halten können, die sich nicht religiös ableiten. In politischen Demonstrationen, wie gegen den Irak-Krieg, marschieren regelmäßig zahlreiche Kommunisten mit roten Flaggen mit. Auf vielen Postern prangt Che Guevara, nicht Usama Bin Laden. Während des Ramadan ist das Speisen im Nachbarland Jordanien tagsüber an öffentlichen Plätzen verboten. In Syrien offiziell zwar auch, doch bleiben viele Restaurants offen, nicht nur in den Christenvierteln. „Tötung aus Ehre“, die zum Beispiel ein Bruder begeht, wenn seine Schwester „unsittlich“ mit einem Christen verkehrt, wird in Jordanien immer noch milde mit wenigen Monaten Gefängnis symbolisch bestraft. In Syrien wird dies inzwischen als gewöhnlicher Mord eingestuft – mit entsprechenden Konsequenzen. Night Clubs gehören in Damaskus zum Straßenbild und werden im Sommer mit Vorliebe von saudischen Touristen angesteuert. Die Liste könnte beliebig erweitert werden.

Wenn es statt um Öl um Werte ginge, so hört man auf den Straßen in Damaskus, müssten sich die Vereinigten Staaten und Europa nicht mit dem totalitären saudischen Regime aus der „islamischen Steinzeit“ verbünden, sondern mit dem „säkularen“ Syrien.

Allerdings ist die Quelle gesellschaftlicher Freiheiten in Syriens jüngerer Geschichte nicht in erster Linie das Ergebnis einer konsequenten sozialistischen Ideologie und außerdem, wie gesagt, älter als die Herrschaft der Ba'th-Partei. Nach Syriens Unabhängigkeit von Frankreich 1946 waren säkulare Auffassungen in Gesellschaft und Politik weit verbreitet. Mitte der 40er und der 50er Jahre hatte das Land sogar einen christlichen Ministerpräsidenten.

„Weitgehend hatte der Islam seine politische und zum Teil auch seine gesellschaftliche Funktion schon lange vor jenem 8. März [1963] eingebüßt, als die Ba'th-Partei an die Macht gelangte“,

urteilt Hans Günter Lobmeyer.¹ Kommunisten, Sozialisten und arabische Nationalisten waren neben Islamisten die treibenden Kräfte. Sie bekämpften sich jedoch zunehmend gegenseitig auch innerhalb der Ba'th-Partei, die in einen konservativen und einen linken Flügel zerrissen war. Dies fand erst mit Hafiz al-Asads pragmatischer und relativ ideologiefreier „Korrekturbewegung“ 1970 ein Ende. Die Ideologie wich endgültig der Machtpolitik. Der Ba'thismus verkam zu einer Rechtfertigungsideologie,² was er bis heute großenteils geblieben ist.

Zwar herrschten sozialistische Ideen – besonders zwischen 1966 und 1970 – vor, als der linke Parteiflügel (Neo-Ba'thisten) an der Macht war. Das zeigte sich in wirtschaftlichen Fragen z.B. in einer Bodenreform mit Enteignungen zu Gunsten kleiner Bauern und der Verstaatlichung von Banken und Betrieben. Durchgreifende, säkulare gesellschaftliche Reformen – eine zwingende Folge in der marxistisch-leninistischen Philosophie – fanden jedoch nicht statt. Dafür waren die traditionellen Kräfte zu stark. Stattdessen entwickelte sich der Sozialismus auch zu einem außenpolitischen Richtungsweiser.

Die Ba'th-Partei hielt also bereits acht Jahre lang die Macht inne, bis Asad 1971 Präsident wurde, und vor allem Alawiten ihre Machtpositionen ausbauten. Es war zwar keine „alawitische Revolution“, sondern eher Zufall, dass sich ein Alawit als hart und skrupellos genug erwies, die Intrigen und Machtkämpfe dieser Zeit für sich zu entscheiden.³ Dennoch spielt es eine wichtige Rolle, dass Asad einen säkularen persönlichen Hintergrund hatte. Es war nicht in erster Linie eine (westliche) Ideologie, der Sozialismus, sondern ein traditionaler Akteur – bzw. eine Religionsgruppe –, die aufgrund ihrer religiösen Lehre einen gesellschaftlichen Liberalismus vertrat, diesen in die Praxis umsetzte und lange gegen viele Widerstände aufrecht erhielt.

Asad brachte säkulare Reformen in Gang, gab Frauen mehr Rechte und wollte 1973 sogar die Vorgabe, dass ein Muslim Präsident sein muss, aus der Verfassung streichen.⁴ Auf den starken Widerstand der Islamisten hin nahm der Pragmatiker jedoch sein Vorhaben zurück und machte eine Reihe weiterer Zugeständnisse. Um konservative Muslime zu beschwichtigen, besuchte er fortan sogar demonstrativ Moscheen und gründete Koranschulen. Säkulare Kritiker in Damaskus behaupten, die Mamluken (im 13. und 14. Jahrhundert) und die Alawiten unter Asad hätten mehr Moscheen in der Geschichte Syriens bauen lassen als alle anderen Herrscher. Beide hatten das gleiche Ziel: Sie wollten als ehemalige politische und religiöse Außenseiter der sunnitischen Mehrheit ihre Gläubigkeit beweisen und damit Aufruhr vermeiden.

Doch das Misstrauen zwischen Asad und den Islamisten blieb tief. Das offene Kräfteressen zwischen den Herrschenden – überwiegend Alawiten – und radikalen Sunniten dauerte mehrere turbulente Jahre. Dabei wurde Asad jedoch auch von großen Teilen der syrischen Bevölkerung unterstützt. Bauern, eine liberal gesinnte sunnitische Kaufmannsschicht, sunnitische Kurden und sunnitische Beduinen-

1 Hans Günter Lobmeyer: *Opposition und Widerstand in Syrien*, Hamburg 1995, S. 115.

2 Lobmeyer (1995), S. 184.

3 Lobmeyer (1995), p. 211, 219 ff; Volker Perthes: *Staat und Gesellschaft in Syrien 1970-1989*, Hamburg 1990, S. 16.

4 Gerhard Schweizer: *Syrien: Religion und Politik im Nahen Osten*, Stuttgart 1998, S. 278; Lobmeyer (1995), S. 193 ff.

Stämme sowie religiöse Minderheiten waren großenteils auf seiner Seite. „All diese Kräfte zusammen konnten eine Islamisierung des Landes doch noch verhindern“, sagt der Historiker Abdallah Hana. „Die Chance stand 50 zu 50“.⁵

Die entscheidende Wende brachte letzten Endes aber das Militär. Mit dem Massaker von Hama 1982 setzte Assad dem Bürgerkrieg ein blutiges Ende. Bei der Stürmung der Altstadt, wo sich die Muslimbrüder verschanzt hatten, kamen mehrere zehntausend Menschen ums Leben. Seitdem werden die Islamisten durch den Geheimdienst erfolgreich in Schach gehalten.

Der Preis für den Status quo ist hoch. Doch das Ergebnis angesichts der syrien umzingelnden gesellschaftlichen und politischen Islamisierung leichtfertig aufs Spiel zu setzen, wagen nicht einmal Kritiker des syrischen Regimes. Noch immer befürworten die meisten von ihnen einen *behutsamen* Übergang in ein anderes System, womöglich eher mit Bashshar als gegen ihn. Die Furcht vor einem Irak-ähnlichen Chaos hat mit dem Versagen der US-Besatzungsmacht am Tigris neue Nahrung erhalten. Dennoch wird die Kritik immer lauter, das Regime male das Gespenst des islamischen Fundamentalismus und eines „ethnischen Konflikts“ nur als Ausrede an die Wand, um überhaupt nichts an der jetzigen Situation zu ändern.

Hier setzt die Frage an, ob der Druck der USA auf Syrien eher mehr Schaden anrichtet oder ein Katalysator für ohnehin überfällige Veränderung sein kann. Die folgende Diskussion soll darauf eine Antwort geben.

Brüche in der politischen Führung

Bashshar al-Asad, der anderthalb Jahre in England eine Facharzt-Ausbildung absolvierte und eigentlich Augenarzt werden wollte, ist im vierten Jahr seiner Amtszeit immer noch in einer Phase der Machtfestigung. Oder umgekehrt: Syrien befindet sich im Vergleich zur monolithischen Herrschaft seines charismatischen Vaters in einem Prozess der Machtpluralisierung, dessen Ausgang noch offen ist. Beides bedeutet, dass mutige Schritte unwahrscheinlich sind und niemand sich Experimente leisten will.

„Es ist nicht mehr das Syrien von Hafiz al-Asad“, resümiert Michel Kilo, einer der führenden Köpfe der oppositionellen Bewegung für die Zivilgesellschaft. Die Angst, welche die Menschen zu Zeiten von Hafiz al-Asad hatten, ist verschwunden oder zumindest geringer geworden. Die Diskussionen sind freier, die Kritik offener geworden. Immer mehr Menschen bekennen sich offen zu Anhängern der Zivilgesellschaftsbewegung.

„Der kleine Asad ist ein kleiner Schritt in die große Transition“, hofft Kilo. „Zu Zeiten von Hafiz al-Asad kam die Dynamik des Regimes daher, dass es ein Machtzentrum gab, klar, bestimmend und gut definiert.“

Das Zentrum waren Asad und eine kleine Gruppe um ihn herum.

⁵ Interview mit dem Autor am 09.02.04 in Damaskus.

„Er hat die Probleme der Macht in die Gesellschaft exportiert – in eine Gesellschaft, die apolitisch war. Das hat der Macht den Eindruck gegeben, dass sie krisenlos und einig ist.“

Innerhalb der Macht schien es keine Widersprüche, keine unterschiedlichen Interessen zu geben.

„Mit diesem Machtzentrum konnte er sehr gut das regionale und internationale Spiel spielen, und das Regime blieb stabil“, meint der Journalist. „Das ist alles nicht mehr der Fall. Die Macht wird nicht mehr von ihrem Kopf reproduziert, sondern der Kopf wird von verschiedenen Machtzentren reproduziert.“⁶

Eine weitere einflussreiche Stimme der Zivilgesellschaftsbewegung, die hier ungenannt bleiben möchte, nennt Bashshar gar einen „Juniorpartner“ im Machtgefüge. Er vergleicht Bashshars Position mit der von Anwar al-Sadat in Ägypten nach dem Tod von Gamal Abdel Nasser 1970.

„Erst als er sein eigenes Lager hinter sich versammeln konnte, wurde er ein richtiger Präsident.“

Bashshar halte sich aus der Innenpolitik weitgehend heraus, weil er nicht gegen die festgefahrenen Interessen ankomme. „Er weiß um seine Schwächen.“ Deshalb habe er seine ursprünglich ehrgeizige Reform-Agenda aufgegeben. Er habe vor den Hardlinern kapituliert und sich für Stabilität statt Fortschritt entschieden.

„Nach Hafiz’ Tod, sind die Ba’th-Partei, der Muchabarat (Geheimdienst) und die Armee stärker geworden.“

Der letzte Chefredakteur der verbotenen Wochenzeitschrift *Al-Dumari*, Hakam al-Baba, beobachtet Ähnliches:

„Früher hat einer geherrscht, jetzt regieren viele. Das ist ein gefährliches Durcheinander.“

Domari-Anwalt Anwar al-Bonni spricht von „verschiedenen Macht-Zentren“, die sich gegenseitig blockieren.

„Es gibt kein zusammen hängendes politisches Konzept mehr“, sagt er. „Das ist nach dem Irak-Krieg noch deutlicher geworden.“

In der Tat deuten verschiedene Ereignisse auf Brüche und Inkonsistenzen in der politischen Führung hin. Ein Beispiel ist die Festnahme von 14 Oppositionellen Ende August 2003 in der nordsyrischen Stadt Aleppo, die einen Vortrag über die Abschaffung des Ausnahmezustandes anhören wollten. Der Vorwurf lautete, dass sie Mitglieder einer regierungsfeindlichen Organisation seien. Der gleiche Vortrag konnte jedoch kurz zuvor in Damaskus und Sueda stattfinden, ohne dass etwas geschah. Bald schien auch der Aleppo-Prozess dem Regime unbequem zu werden. Mit so viel öffentlichem Interesse hatte niemand gerechnet. Die Zivilgesellschaft formierte sich, protestierte und verteilte Flugblätter. Fast 300 Anwälte hatten sich

6 Interview mit dem Autor am 30.09.03 in Damaskus.

freiwillig und öffentlich zu Unterstützern der Angeklagten erklärt und mehr als 1600 Menschen eine Petition für ihre Freilassung unterschrieben.⁷

Deshalb versuchten die Verantwortlichen aus der Not eine Tugend zu machen und demonstrierten Prozessbeobachtern der Europäischen Union eine neue „Offenheit“. Die überraschten Diplomaten wurden zum Prozess-Auftakt Ende Oktober vom Vorsitzenden des Militärtribunals und vom Chefankläger persönlich empfangen. Bisher konnten sie zufrieden sein, wenn sie überhaupt als Zuschauer im Gerichtssaal Präsenz zeigen durften.

Ein weiteres Indiz für die Turbulenzen an der Führungsspitze wurde am 22. Mai in New York deutlich. Der syrische UN-Botschafter konnte im Sicherheitsrat nicht rechtzeitig über die Irak-Resolution 1483 abstimmen, welche die Sanktionen gegen das Land aufheben sollte. Ihm fehlte eine klare Weisung aus Damaskus. Syrien blieb der Abstimmung fern und enthielt sich damit der Stimme. Wenig später wurde der Botschafter ausgetauscht.

Diese Unstimmigkeiten liegen im Kalkül Israels. Zwar rechnet kaum jemand in Syrien mit einem breiten Angriff aus dem Südwesten oder durch die USA wie gegen den Irak. Doch auch die Taktik gelegentlicher Präventivschläge zeigt ihre Wirkung. Sie wurde am 5. Oktober mit der israelischen Bombardierung eines seit Jahren verlassenen Lagers der Volksfront für die Befreiung Palästinas nördlich von Damaskus eingeläutet.

„Drohungen bedeuten eine lang angelegte Erosion“,

sagt Samir al-Taqi, Vorstandsmitglied des Zentrums für Strategische Studien, einem Think Tank der Universität Damaskus.

„Ziel ist, die politischen Optionen einzuschränken und interne Widersprüche innerhalb des Regimes zu provozieren.“⁸

Wenn damit Bashshar al-Asad das Regieren zusätzlich erschwert werden sollte, so ist dies gelungen. Wenn das Ziel jedoch darin besteht, dass sich die Mehrheit der Syrer mittelfristig gegen ihren Präsidenten wendet und offen einen Regimewechsel fordern soll, wird dies durch Druck von außen kaum gelingen. Denn so sehr die Geduld vieler Syrer wegen der schleppenden Wirtschaftsreformen zur Neige geht, so scharf die Kritik an der Regierung, der Verwaltung und der Machtstruktur ausfallen mag, Bashshar selbst hat in der Bevölkerung seinen Bonus als junger, nicht vorbelasteter Nachfolger noch nicht ganz eingebüßt. Besonders bei jungen Menschen – mehr als die Hälfte der Syrer ist jünger als 20 Jahre – und Angehörigen verschiedener Minderheiten genießt er durchaus Sympathien. Auch al-Taqi betont:

„Jede Hoffnung auf eine sanfte Landung der Reformen besteht nur mit Bashshar. Deshalb geht auch in der Opposition das Lavieren weiter.“

Die Drohungen aus Washington haben in vielerlei Hinsicht eine entgegen gesetzte Wirkung entfaltet. Ein wachsender Anti-Amerikanismus, ähnlich wie im Irak, wird zum gemeinsamen Nenner von Regierenden und Regierten.

⁷ Nach Angaben von Michel Kilo in einem Interview mit dem Autor am 11.02.2004.

⁸ Interview mit dem Autor am 02.11.03 in Damaskus.

Die Pfeiler der Regime-Legitimität

Die Quellen, aus denen das Ba'th-Regime derzeit seine Legitimität schöpft, lassen sich folgendermaßen zusammen fassen:

Palästinensische Rhetorik: Syrien und der Irak unter Saddam Hussein, zwei untereinander verfeindete Ba'th-Regime, hatten sich seit den 70er Jahren jeweils besonders nach innen als Fürsprecher der palästinensischen Sache und als Hardliner gegen Israel profiliert. Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist bis heute jeden Tag Hauptthema in der staatlichen syrischen Presse. Hinter dieses Anliegen lässt sich die Bevölkerung leicht scharen und von innenpolitischen und wirtschaftlichen Problemen ablenken. Die Unterstützung erschöpft sich dabei allerdings meist in politischer Rhetorik. Für viele Syrer sind die rund 410 000 Palästinenser⁹ im Alltag eher wenig geschätzte „Gäste“, wie in anderen arabischen Staaten auch, selbst wenn sie in Syrien gleiche Rechte besitzen.

In seiner Rhetorik gegen Israel versuchte Bashshar zeitweilig sogar die Hardliner zu überbieten, um seine innenpolitische Popularität zu steigern. In einer Rede auf dem Arabischen Gipfel von Amman im März 2001 sagte er beispielsweise, die israelische Gesellschaft sei rassistischer als der Nazismus.¹⁰ Doch in Gefahrensituationen weicht die Solidarität mit den Palästinensern einer pragmatischen Staatsräson, die Bashshar von seinem Vater verinnerlicht hat. Dies ist unter anderem geschehen, als er auf US-amerikanischen Druck hin nach dem Irak-Krieg die Schließung der palästinensischen Verbindungsbüros in Damaskus anordnete, was Washington jedoch als kosmetischen Schritt kritisiert hat (weil keiner richtig weiß, was „Schließung“ bedeutet, denn die meisten „Büros“ sind ohnehin nur Privatwohnungen, aus denen heraus Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird). Gegenwärtig werden Demonstrationen von Palästinensern verboten oder stärker in Schach gehalten als vor dem Irak-Krieg.

Die low profile Strategie in der Palästinenserfrage ist aber gleichzeitig ein gefährlicher Balance-Akt.

„Syrien kann [auf diesem Gebiet] nicht noch weitere Konzessionen machen“, meint der Analyst al-Taqi. „Das würde die Identität des Regimes beschädigen.“¹¹

Denn es ist essenziell auf diesen Legitimationspfeiler angewiesen, solange es ihn nicht zum Beispiel durch andere Legitimationsquellen, wie wirtschaftlichen Fortschritt, kompensieren kann.

Ein großer Schritt in Richtung low profile war bereits Bashshars Ankündigung im Mai 2003, jede Entscheidung der palästinensischen Führung bei Friedensverhandlungen mit Israel hinzunehmen. Bisher hatte Syrien immer offiziell darauf bestanden, die Palästinenser mit zu vertreten. Doch bereits in den Friedensverhandlungen mit Israel im Jahr 2000 hatte Hafiz al-Asad insgeheim signalisiert, einen Frieden zu akzeptieren, auch wenn der israelisch-palästinensische Konflikt nicht zufrieden stellend gelöst sei. Insofern stellt Bashshars Strategie der pragmatischen Staatsräson vor der Palästina-Frage keinen innenpolitischen Bruch dar.

9 UNWRA-Statistik, 30.06.2003.

10 Volker Perthes: Geheime Gärten: Die neue arabische Welt, Berlin 2002, S. 212.

11 Interview mit dem Autor am 02.11.03 in Damaskus.

Sofort nach dem Irak-Krieg im Mai 2003 hatte er Gesprächsbereitschaft mit Israel signalisiert und dies seitdem mehrfach wiederholt, besonders Ende 2003, ungeachtet der ungebremsten Intifada. Auch in der israelischen Führung mehren sich die Stimmen, die fordern, wieder ernsthaft mit Syrien zu verhandeln. Allerdings soll dies ohne Vorbedingungen geschehen. Syrien hatte dagegen bis Ende 2003 darauf beharrt, dort fortzufahren, wo beide Seiten im März 2000 kurz vor dem Tod von Hafiz al-Asad abgebrochen hatten. Diese Bedingung ließ Bashshar überraschend fallen und brachte Israel damit vorübergehend in Bedrängnis.

Pan-arabische Rhetorik: Eng verknüpft mit der Palästinenserfrage und mit dem ideologischen Ursprung der Ba'th-Partei (Partei der [arabischen] Wiedergeburt) ist die pan-arabische – und gleichzeitig anti-kolonialistische – Agenda.

Dabei lohnt es sich, in Erinnerung zu rufen, warum der irakische und der syrische Ableger der Ba'thisten zu bitteren Feinden wurden. Wie bereits erwähnt, putschten sich 1966 in Syrien die Neo-Ba'thisten an die Macht und verdrängten die alte Garde der konservativen Parteigründer. Für die Neo-Ba'thisten hatte der Sozialismus Priorität vor dem pan-arabischen Nationalismus. Nach Ansicht der Ba'thisten müsse zuerst die Umgestaltung – wenn nötig – nur in einem Land voran getrieben werden. Sie beschränkten sich politisch also auf Syrien, was Asad fortsetzte. Dagegen putschte sich 1968 der Zweig der alten Ba'thisten im Irak an die Macht. Sie betonten stärker das Ziel einer Vereinigung aller arabischen Staaten und hatten im Hinblick auf den Sozialismus weit weniger revolutionäre Auffassungen. Zu ihnen zählte auch der christliche Parteigründer Michel Aflaq, der 1970 enttäuscht von Damaskus nach Bagdad emigrierte und als Generalsekretär der irakischen Ba'th-Partei später zeitweise als Saddam Husseins Stellvertreter agierte.

Nach dem Zusammenbruch des Ba'th-Regimes im Irak 2003 ist eine paradoxe Situation eingetreten: Den syrischen Ba'thisten fällt nun die Rolle zu, und sie ergreifen sie gerne, als alleiniges pan-arabisches Sprachrohr zu fungieren. Das ist eine Legitimationsquelle des Regimes, die, einhergehend mit einem wachsenden Antiamerikanismus, wachsendes Potenzial mit sich bringt. Es kommt auf die zukünftige Politik der Vereinigten Staaten an, ob die syrischen Ba'thisten weiter erfolgreich diese Register ziehen können, während Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien im Volk als „Verräter an der arabischen Sache“ dastehen.

Während des Irak-Krieges war ausgerechnet Syrien eine Oase der Ruhe und Stabilität. Denn es bestand eine Kongruenz zwischen Regierenden und Regierten in der Irak-Frage, wohingegen in den Nachbarländern Massendemonstrationen gegen die eigene Regierung stattfanden. Zum Teil mit Bewunderung schauten viele Araber auf das Regime in Damaskus, das den Krieg bedingungslos ablehnte und sich nicht von den USA einschüchtern ließ. Syriens langjähriger Außenminister Faruq al-Shar' nannte die Bush-Administration offen die „gewalttätigste und dümmste“ Regierung, welche die USA je gehabt hätte. Demonstranten in Damaskus trugen während der Anti-Kriegs-Demonstrationen Plakate vor sich her, die Jordaniens König Abdullah II. und Ägyptens Regierungschef Husni Mubarak als Huren George W. Bushs und der Zionisten verhöhnten.

Der Oppositionelle Michel Kilo warnt jedoch:

„Es besteht die Gefahr, dass der arabische Nationalismus zu einer gefährlichen Demagogie wird, zu einem Mittel für die innere Einheit im Lande.“¹²

Diese Rhetorik werde in Zukunft aber nicht mehr ausreichen, um die wahren Probleme zu verdecken. Gleichzeitig sei der Pan-Arabismus, der von vielen Arabern inzwischen in einem Atemzug mit Anti-Amerikanismus geführt werde, eine Gefahr für das syrische Regime. Denn die USA setzten ihrerseits pan-arabische Rhetorik mit Terrorismus gleich. Das schließt den Kreis zu den Gründen, warum das syrische Regime den Amerikanern und Israelis ein Dorn im Auge ist.

Sogar im Umfeld Bashshars soll es inzwischen Kritik an seiner harten Haltung im Irak-Krieg geben. Er habe eine unnötige Konfrontation mit den USA herauf beschworen.

„Hätte er die harte Politik seines Vaters gegen den Irak fortgesetzt, hätte es diese Probleme nicht gegeben“,

gibt Kilo die Stimmen wieder.¹³ Im Volk ist die harte Anti-Kriegshaltung jedoch weiterhin sehr populär.

„Säkularismus“: Die Furcht vor einer politischen Islamisierung nach einem gewaltsamen Umsturz, womöglich von saudischen Petrodollars unterstützt, ist eine nicht zu unterschätzende Trumpfkarte der Alawiten und ihrer „säkularen“ Unterstützer. In der Tat führen viele Syrer den „Säkularismus“ als Pluspunkt für das Regime an als Bollwerk gegen Islamisten in der Region, vor allem Minderheiten, darunter Christen, die etwas mehr als zehn Prozent der Bevölkerung stellen.

Ob diese Gefahr überzeichnet ist, bleibt umstritten. Jedenfalls dient es dem Regime als starke Legitimationsquelle. Angesichts der Tatsache, dass radikale Muslime bisher vielerorts von den USA für ihre Zwecke finanziert und aufgebaut wurden, erscheint der syrische Status quo in dieser Frage akzeptabel und das Vertrauen in säkulare Alternativen bei einer möglichen „Neuordnung“ durch die amerikanische Supermacht eher beschränkt.

Freilich ist dies kein Säkularismus im europäischen Sinn, wo die Trennung von Kirche und Staat mit einer Dereligionisierung der Bevölkerung einher gegangen ist. Davon sind die Syrer weit entfernt. Selbst die geistigen Väter des „säkularen“ Pan-Arabismus und später der Ba'th-Ideologie betrachteten arabischen Nationalismus und Islam, zumindest als kulturellen Faktor, meist als untrennbare Komponenten.¹⁴

Religion und durch Religion beeinflusste Traditionen spielen für alle Syrer – Sunniten, Schiiten, Christen verschiedenster Konfessionen, Alawiten, Drusen – eine herausragende Rolle im Alltag und besonders bei der Eheschließung. Selbst Kommunisten besuchen oft regelmäßig Moscheen oder Kirchen. Im Familien- und Erbrecht gilt die Scharia. Auch hier hatte Hafiz al-Asad vor den Muslimbrüdern kapitulieren müssen. Heirat auf dem Standesamt gibt es nicht. Jeder, der eine Ehe schließt, muss sich zu einer Religion bekennen. Wer ohne Bekenntnis eingeschrieben

12 Interview mit dem Autor am 28.04.03 in Damaskus.

13 Interview mit dem Autor am 11.02.04 in Damaskus.

14 Elie Kedouri: Politics in the Middle East, Oxford/New York 1992, S. 325 ff; Peter Mansfield: A History of the Middle East, 2. Ausgabe, London 2003, S. 323; Zeine N. Zeine: The Emergence of Arab Nationalism, 2. Ausgabe, Beirut 1966, S. 150, 155-156.

ist, gilt automatisch als Muslim. Das islamische Eherecht besagt, dass muslimische Männer zwar z.B. eine Christin heiraten dürfen, diese aber vom Erbe ausgeschlossen bleibt. Christliche Männer, die eine Muslimin heiraten, müssen zum Islam übertreten. Insofern unterscheidet sich Syrien kaum von anderen muslimischen Staaten.

Das islamische Toleranzgebot war der christlichen Praxis bis ins 20. Jahrhundert zwar deutlich voraus. Doch im Vergleich mit der heutigen modernen Gesetzgebung in der westlichen Welt ist es eher eine Duldung, die andere Schrift-Religionen zwar akzeptiert, ihnen aber nicht auf gleicher Augenhöhe begegnet. Sie stuft sie moralisch herab. Im „säkularen“ Syrien ist also bis heute kein sozialer und rechtlicher Raum für Atheisten oder Angehörige anderer als der traditionellen Bekenntnisse.

Dennoch sieht der Alltag, besonders für Frauen, in Syrien weitaus besser aus als in vielen anderen muslimisch-arabischen Staaten. Das Zivilgesetzbuch von 1949, das im Großen und Ganzen auch heute noch gilt, ist säkular nach französischem Muster verfasst. Frauen dürfen selbst eine Scheidung einreichen, was bei weitem nicht selbstverständlich ist, wie jüngste Debatten in Ägypten gezeigt haben. Vor dem Gesetz sind Frauen gleich gestellt. Sie bekommen gleichen Lohn für gleiche Arbeit, was sogar in Westdeutschland nicht immer der Fall ist. Viele Syrerinnen bekleiden mittlere Führungsrollen. An den Universitäten stellen sie mehr als die Hälfte der Studenten.

Diese Jahrzehnte lange, relativ säkulare Erfahrung ist ein Faktor, der die syrische Gesellschaft prägt und mit dem jeder Machthaber rechnen muss. Doch die irakische Erfahrung nach dem Golfkrieg 1991 hat gezeigt, dass „Säkularismus“ als Staatsideologie (nicht als gesellschaftliche Entwicklung) auch in relativ kurzer Zeit umkehrbar ist, wenn ein autoritäres Regime den Islam als Instrument und Ressource für seine politischen Ziele nutzt. In diese Verlegenheit sind die herrschenden Alawiten in Syrien bisher nicht gekommen. Und es sieht trotz wachsenden Drucks von innen und außen auch nicht danach aus. Davon sollte der Westen aufmerksam Kenntnis nehmen.

Minderheitenpolitik: Mit dem „Säkularismus“ verknüpft ist die Lage der Minderheiten in Syrien. Sie sind rechtlich gleich gestellt, bis auf den oben erwähnten Passus in der Verfassung, dass nur ein Muslim Präsident sein kann. Besonders die christlichen Kirchen können sich in Syrien frei entfalten und sind häufig finanziell sehr gut ausgestattet. Viele Christen sind Händler, Handwerker und Kaufleute und haben es zu relativem Wohlstand gebracht, der sunnitischen Handelsklasse ähnlich gestellt.

Muslime schließen ihre Geschäfte freitags und gehen bei den Christen einkaufen. Christen machen sonntags ihre Läden zu und die wenigen übrig gebliebenen Juden samstags. Das gleiche flexible System gilt auch für Privatschulen. Natürlich gibt es – wie überall – tief sitzende Vorurteile zwischen den Religionsgruppen, doch der Grad ihrer sozialen Interaktion und Toleranz ist für die gebeutelte Region durchaus ein Maßstab.

Zumindest bei den Minderheiten hat das Regime dadurch einen Pluspunkt. Auch mit Blick auf die sunnitische Mehrheit ist nicht zu erkennen, dass die Minderheitenpolitik ein Manko für das Regime wäre.

Innere Sicherheit: Syrien ist ein Polizeistaat (*ad-daula al-amniya*). Auf je 153 Syrer über 15 Jahre kommt ein Geheimdienst-Mitarbeiter.¹⁵ Die „Ruhe und Ordnung“ im Land ist sprichwörtlich, für Einheimische wie für Touristen. Die Kriminalitätsrate ist äußerst gering, auch wenn konkrete Zahlen schwierig zu schätzen sind, da Untaten generell von den Medien verschwiegen werden und entsprechende Statistiken geheim bleiben. Ein Grund dafür ist allerdings nicht nur der starke Staatsapparat, sondern sind auch die noch weitgehend intakten Traditionen mit ihrem strengen Wertekodex.

Nachts ist es auch für Frauen ungefährlich, durch die Straßen zu schlendern. Bei geparkten Fahrzeugen sind Fensterscheiben im heißen Sommer oft ein Stück weit herunter gelassen, ohne dass jemand Angst um sein Autoradio haben müsste.

„Du brauchst keine Polizei auf der Straße, wenn in jedem einzelnen der Polizist steckt“,

hört man von Syrern als Kommentar, halb aus Respekt, halb aus Furcht.

Die innere Sicherheit ist ein Faktor, den alle Syrer, auch Oppositionelle, positiv anmerken, wenn sie über die Lage im Land sprechen. Besonders die Plünderungen und Gewaltexzesse im Nachkriegs-Irak haben den Kontrast zu der Ruhe in Syrien verstärkt. Im westlichen Nachbarland Libanon ist die Situation ebenfalls schlechter, auch wegen der größeren sozialen Kluft.

Soziale Ausgewogenheit: Der Unterschied zwischen arm und reich ist in Syrien bis heute erträglich geblieben. Besonders im Vergleich zu Ägypten, wo Verslumung in den Großstädten zum Alltag gehört, hat der syrische Rest-Sozialismus seine soziale Wirkung nicht verfehlt. Viele Preise sind vom Staat festgelegt und auf den Produkten markiert. Das reicht bis zu den Menüs in Restaurants. Im Mai 2004 hat die syrische Regierung die Staatsgehälter und Pensionen um 20 Prozent erhöht, und damit unvermeidlichen Preiserhöhungen besonders bei Importen und einigen Grundnahrungsmitteln entgegen gewirkt. Die Tatsache, dass Syrien das internationale Copyright ignoriert, ermöglicht es auch ärmeren Familien, billig Bücher, Kassetten, Musik- und Computer-CDs zu kaufen. Zahlreiche Produkte sind Imitate ausländischer Firmen und kosten nur einen Bruchteil des Originals. Eine erschwingliche und akzeptable Krankenversorgung, billige Medikamente, subventionierter Treibstoff sowie kostenfreie öffentliche Schulen und Universitäten erscheinen ebenfalls auf der Haben-Seite des Regimes.

Auch wenn dieses geschlossene Wirtschaftssystem auf immer wackeligeren Beinen steht und auf mittlere Sicht nicht aufrecht zu erhalten ist, könnte es doch besonders für ärmere Schichten ein Argument für den Status quo liefern. Mit Alan Georges Worten ließe sich dieser Zustand bissig mit „einer gewissen Gleichheit in Armut“ beschreiben.¹⁶

Bashshar: Obwohl sein Nimbus schwindet, besitzt der junge Präsident einen Ruf, der weder von Blut befleckt noch durch Radikalität oder Inkompetenz ruiniert ist. Von der charismatisch-autoritären Herrschaft seines Vaters hat sich der Augenarzt atmosphärisch erfolgreich abgrenzen können. Die meisten Syrer suchen die Fehler eher in seiner Umgebung als bei ihm selbst. Das mag am kontinuierlichen, wenn auch

¹⁵ Alan George: *Neither Bread Nor Freedom*, London 2003, S. 2. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2001.

¹⁶ George (2003), S. 1.

abgeschwächten Führerkult liegen und am traditionellen Tabu, den Präsidenten direkt zu kritisieren. Doch selbst mit diesen Abstrichen verkörpert Bashshar für viele Syrer immer noch Stabilität und gleichzeitig die Hoffnung auf eine Modernisierung des Landes. Hilfreich ist dabei seine sozial engagierte und weltoffene Frau Asma Akhras, die er bei seinem Studium in Großbritannien kennen gelernt hatte und die übrigens eine Sunnitin ist.

Durch die breite Einführung von Internet, Mobiltelefonen und die Legalisierung des Satellitenfernsehens hat der einstige Vorsitzende der Syrischen Computer-Gesellschaft zu Amtsbeginn für viele Syrer einen vorübergehenden Bonus verbuchen können. Doch gleichzeitig kontrastiert die mediale Offenheit immer stärker die autoritäre Realität.

Der junge Präsident, den sein Vater nach dem tödlichen Autounfall des älteren Sohnes Basil im Januar 1994 zum Nachfolger aufgebaut hatte, wirkt häufig noch etwas steif. In grotesker Ähnlichkeit mit George W. Bush lebt er größtenteils vom dynastischen Erbe und inhaltlich von der alten Garde seines Vaters. Aus Mangel an Alternativen und auf Grund fehlender demokratischer Erfahrungen ist Bashshar für viele traditionell verwurzelte Syrer weiterhin ein Projektionsobjekt persönlicher Autorität und Beliebtheit. 2007 läuft seine erste Legislaturperiode aus. Die größte politische – und persönliche – Gefahr lauert derzeit in seiner unmittelbaren Umgebung. Sie geht weniger vom Volk aus.

Chaos im Irak: Das Versagen der US-Besatzungsmacht, das Vertrauen der Iraker zu gewinnen, und die wachsende Unsicherheit über die Zukunft des Landes hat auf Syrien einen positiven Rückkopplungseffekt. Zwar war der relativ leichte Sieg der anglo-amerikanischen Truppen zunächst auch ein Schlag ins Gesicht der syrischen Strategen. Doch nachdem sich im Irak ein äußerst zäher Wiederaufbau andeutet, kann Syrien daraus wieder Kapital schlagen. Noch während des Krieges sagte der bekannte syrische Philosoph und Zeitkritiker Sadik al-Azm:

„Wenn Irak im Chaos, Widerstand und Bürgerkrieg versinkt, würde das die Position des Regimes hier festigen. Das Argument wäre: Wir wollen nicht enden wie Algerien, Libanon oder der Irak.“¹⁷

Die meisten Syrer hat das Regime damit auf seiner Seite.

Die Negativ-Bilanz und Legitimationsschwächen

Trotz der genannten Plus-Punkte gerät das Regime in eine wachsende Legitimationskrise. Die Gründe sind substanzieller innenpolitischer und wirtschaftlicher Natur und weit älter als der Irak-Krieg. Sie ergeben sich nicht in erster Linie durch den wachsenden außenpolitischen Druck.

Wirtschaftliche Probleme: Die Syrer werden zunehmend ungeduldig. Bashshar hat mit seinem Amtsantritt Erwartungen geweckt, die er größtenteils noch nicht eingelöst hat. Hatte sein Vater noch die Außenpolitik in den Vordergrund gestellt und wirtschaftliche Reformen von einem Frieden mit Israel abhängig gemacht, warf sein Sohn die Agenda um und erkannte die Überfälligkeit einer Modernisierung des

17 Interview mit dem Autor am 04.04.03 in Damaskus.

Landes. Bisher waren Reformen immer nur eine Salomitaktik, um Schlimmeres abzuwenden, nie ein durchdachtes Gesamtkonzept. Das wollte der junge Präsident ändern. Eine Reihe von Gesetzesentwürfen waren viele Jahre in den Schubladen liegen geblieben und kamen nach seinem Amtsantritt wieder auf die Tagesordnung. Trotzdem ähneln die Reformen weiterhin eher der ökonomischen Flickschusterei seines Vaters.

Mit den modernen Kommunikationsmitteln setzte Bashshar das Land schlagartig Einflüssen der Globalisierung aus. Eine Öffnung der seit Jahrzehnten abgeschotteten Wirtschaft hinkt dagegen weit hinterher. Syrien ist den Herausforderungen des Weltmarktes nicht gewachsen, nicht einmal einer regionalen Kooperation, die sich durch einen Friedensschluss mit Israel eines Tages ergeben könnte.

Das Regime hat inzwischen erkannt, dass Impulse nur von außen kommen können, und Erleichterung für Investitionen und den Außenhandel geschaffen. Investoren dürfen nun Grundbesitz erwerben, eine Aktien-Börse ist geplant und private Banken können seit 2004 in Syrien operieren. Ermutigt durch eine relativ geringe Inflationsrate soll außerdem die syrische Lira bald frei konvertibel werden.

Doch erstens harren viele Schritte weiterhin der Umsetzung, und zweitens kann Syrien mit Blick auf das Investitionsklima – Regime, Rechtssicherheit und die Ausbildung und Qualität der Arbeitskräfte – nicht mit Staaten wie Jordanien oder dem Libanon konkurrieren. Für Syrien sprechen lediglich sehr niedrige Produktionskosten.

Der Präsident hat inzwischen mehrfach zugegeben, dass die Wirtschaftsreformen nicht so voran schreiten, wie er es sich gewünscht hätte.

„Freilich gibt es Verzögerungen“, räumte er im Mai 2003 in einem Interview ein. „Es gibt welche, die in die richtige Richtung drängen, und welche, die in die falsche Richtung drängen, und welche, die uns zurück werfen.“

Damit spielte er auf die „alte Garde“ an, die wirtschaftliche Reformen genauso scheut wie eine politische Öffnung. Fast beschwörend schob der Präsident in dem Interview nach:

„Das bedeutet aber nicht, dass ich mich geändert habe, und dass ich nicht daran arbeite, das zu erreichen, was ich gesagt habe.“¹⁸

Das war ein Verweis auf seine Antrittsrede am 17. Juni 2000, als er die Notwendigkeit von Veränderungen unterstrich und der Opposition Anlass für neue Hoffnungen gab.

Zwar hat sich durch die wirtschaftspolitischen Lockerungen ein neues Unternehmertum entwickelt, das seine bescheidenen Spielräume durchaus zu nutzen weiß. Dennoch kann man in Syrien nicht von einer wahren Bourgeoisie sprechen, die in Europa im 19. Jahrhundert auch Triebkraft und Träger politischer Reformen war. Die Ba'thisten haben die Wirtschaft in ein Patronage-System verwandelt. Die großen Aufträge, wie die Lizenz für das Mobilfunknetz oder den Autohandel, gehen an regimetreue Großfamilien oder an nahe und ferne Verwandte des Präsidentenclans. Die so genannten Unternehmer werden somit vom Regime abhängig und streben nur danach, ihre eigene Existenz zu sichern. Das Geld fließt größtenteils in ihre Taschen statt in neue Investitionen in den Wirtschaftskreislauf. Die Monopolisierung von

¹⁸ Interview in *Syria Times*, 25.05.03.

Lizenzen verstärkt diese Tendenz noch. Statt eines wirtschaftlich und gesellschaftlich dynamischen Unternehmertums entsteht ein ökonomisches „divide et impera“. Ein Beobachter der Europäischen Union in Damaskus beschrieb es als eine „Segmentierung der Bourgeoisie“. Das „Unternehmertum“ bleibt damit politisch konservativ und sucht den Schutz des Regimes – auch vor ausländischen Konkurrenten.

Mit diesem ineffektiven System werden die Herausforderungen der Globalisierung nicht zu meistern sein. Bei weiterer Stagnation ist ein ökonomisches Desaster bereits abzusehen. Mit nahezu 3% jährlich hat Syrien einen der höchsten Bevölkerungszuwächse der Welt, obwohl die Tendenz rückläufig ist. Jährlich drängen 200 000 bis 250 000 junge Menschen auf den Arbeitsmarkt, zusätzlich immer mehr Frauen. Der öffentliche Sektor, in dem rund ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt ist, hat seit Mitte der 90er Jahre jährlich nicht mehr als 20 000 Arbeitsplätze geschaffen.¹⁹ Inoffiziell wird die Arbeitslosigkeit im Land inzwischen auf etwa 30% geschätzt.

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Der Unmut der ärmeren Bevölkerung an den zunehmend auffälligen Luxuslimousinen in den vornehmen Stadtteilen von Damaskus wächst. Zwar fängt das System traditioneller Großfamilien noch viele soziale Notlagen auf, doch ohne ein Sozialsystem werden diese Fragen in Zukunft immer dringlicher. Das ist ein entscheidender Faktor, der die Legitimität des Regimes zu untergraben droht. Dieses Argument nutzt die Regierung jedoch für sich, um schnelleren Reformen eine Absage zu erteilen.

„Wie erreichen wir eine wirkliche ökonomische Reform, ohne das soziale Gefüge des Landes durcheinander zu bringen?“,

sagte al-Asad in einem Interview während des Irak-Kriegs.²⁰

Doch diese Erklärung kann die Ungeduld der meisten Syrer nicht mindern. Die wirtschaftliche Modernisierung im wachsenden privaten Sektor kontrastiert immer stärker die verkrusteten Strukturen des Staates und die veraltete Ausstattung des öffentlichen Sektors. Bis 1991 hatte Hafiz al-Asad den öffentlichen Dienst auf 1,215 Millionen Angestellte aufgebläht.²¹ Trotz der geringen Staatsgehälter von jetzt etwa 145 Dollar im Monat (plus Vergünstigungen wie billige Wohnungen, Urlaubsschalets etc.) hängt somit die Existenz vieler Familien vom Überleben des Regimes ab. Das jährliche Durchschnittseinkommen pro Kopf in Syrien betrug im Jahr 2003 nach UN-Angaben 1175 US-Dollar.²² Aufgrund des Bevölkerungswachstums war die Zahl in den vergangenen Jahren rückläufig.

Nach dem Zusammenbruch des Ba'ath-Regimes im Irak hat sich das wirtschaftliche Korsett noch weiter zugeschnürt. Vor dem Krieg importierte Syrien Öl

19 Volker Perthes: The Political Economy of the Syrian Succession, in: *Survival*, 43/1, Frühjahr 2001, S. 144.

20 Interview in: *Der Standard*, 01.04.2003. Zitat aus dem englischen Originaltext der Interviewerin.

21 George (2003), S. 10.

22 UN-Development Report 2003. Nach syrischen Angaben lag das jährliche pro-Kopf Einkommen sogar nur bei 1038 US-Dollar (Statistical Abstract, Central Bureau of Statistics, Office of the Prime Minister of Syria, 2003)

aus dem Irak zu Dumpingpreisen jenseits des UN-kontrollierten Öl-für-Lebensmittel-Pro-gramms (und die USA nahmen daran keinen Anstoß). Spätestens ab dem Jahr 2000 bis zum Irak-Krieg flossen bis zu 200 000 Barrel am Tag nach Syrien, was im Jahr einem Wert von ca. 1,5 Milliarden US-Dollar entspricht. Den Ölüberschuss konnte Syrien aus eigener Produktion für Devisen gewinnbringend ins Ausland verkaufen. Gleichzeitig exportierte das Land im Vorjahr des Krieges nach unterschiedlichen Schätzungen Güter aus eigener Produktion im Wert von 2 bis 4 Milliarden US-Dollar in den Irak. Sobald die US-Truppen die Ölproduktion im Irak kontrollierten, drehten sie den Hahn zur Pipeline nach Syrien zu. Den Verlust durch ausbleibendes Billigöl aus dem Zweistromland und durch fallende Ölpreise beziffern Perthes/Schwitzke auf 20% des offiziellen Staatshaushalts.²³

Zwar spielen die Verantwortlichen in Damaskus den Schaden durch den Irak-Krieg sowie die Konsequenzen des darauf folgenden US-Embargos (Syrian Accountability Act) herunter, jedoch ist ihnen klar, dass die syrischen Ölquellen bereits in der kommenden Dekade voraussichtlich versiegen werden.²⁴ Nirgends ist zu erkennen, dass die Wirtschaftslenker in Damaskus für diesen strukturellen Schock eine Vorkehrung getroffen hätten. Das komplette syrische Wirtschaftssystem sitzt demnach auf einer Zeitbombe. Das Ölgeschäft machte in den vergangenen Jahren 40-50% des Staatshaushalts aus und 60-70% der Exporte.²⁵ Die neue Hoffnung ruht allein auf den großen Erdgas-Vorkommen.

Die kränkelnde Wirtschaft wirkt sich auch auf die Stabilität des Regimes aus, das, wie geschildert, zum großen Teil von Patronage lebt. Michel Kilo kritisiert, die Unternehmer und die bürgerliche Mittelschicht würden – als „Alternative zur Reform“ – dadurch ruhig gestellt, dass sie „aufgekauft“ würden. „Sonst bestehe die Gefahr, dass sich das junge Bürgertum vom Regime löse. „Genau deshalb brauchen sie [die Regierenden] den Irak und den Libanon als Geldquelle“, meint der Oppositionelle.²⁶

Bisher ist jedoch schwer abzuschätzen, welcher tatsächliche Schaden Syrien durch den Irak-Krieg entstanden ist. Der Handel mit dem Irak ist schneller wieder aufgeblüht als erwartet. Das Chaos im Nachbarland scheint dabei eher hilfreich als hinderlich zu sein. Die alliierten Besatzungstruppen können es sich nicht leisten, Güter aus Syrien abzublocken, selbst wenn sie militärisch dazu in der Lage wären. Sie brauchen jede Hilfe, die das Land stabilisiert, sogar von Syrien. Außerdem findet der größte Teil des Handels auf Grund von Jahrhunderte alten Verbindungen von Kaufmannsfamilien im privaten Sektor statt. „Täglich verkehren 700 Trucks allein zwischen Aleppo und Mosul“, berichtet Samir al-Taqi, der selbst aus Händlerkreisen stammt. „Das ist ein Graswurzel-Handel aus Urzeiten.“ Von seinen Verwandten

23 Volker Perthes/Anette Schwitzke: After the Iraq War: Repercussions in the Levante, Paper präsentiert auf dem GCSP/RAND Workshop in Genf, 04.-06. Mai 2003, S. 7; Neil MacFarquhar: „Syrian Party Watches Iraq With Unease and Ponders Its Own Fate“, in: *New York Times*, 30.03.2003. Laut Perthes/Schwitzke betrug der syrische Staatshaushalt 2003 rund 420 Milliarden Lira (ca. 8,2 Milliarden US-Dollar).

24 Ali Saleh in einem Interview mit dem Autor am 04.11.2003 in Damaskus.

25 George (2003), S. 24.

26 Interview mit dem Autor am 28.04.03 in Damaskus.

erhielt er glaubhafte Berichte, dass sich US-Soldaten an der Grenze oft von Händlern bestechen lassen und den Weg frei machen.²⁷

Dennoch ist der irakische Markt für Syrien keine ausreichende Alternative. Unter diesen Sachzwängen sucht Syrien nun eine engere Anbindung an die Europäische Union. Schon jetzt führt Syrien 60% seiner Produkte in die EU aus und bezieht 32% seiner Importe von dort.²⁸ Zwar sind Angebote von US-Firmen oft preiswerter, doch hatte Syrien auch schon vor dem Irak-Krieg in bestimmten Bereichen keine Lieferungen mehr erhalten, weil das Weiße Haus den amerikanischen Firmen die Export-Lizenz nach Syrien verweigerte (z.B. für dringend benötigte Internet-Ausrüstung). Also brachte das Regime die Gespräche über ein wirtschaftliches Assoziierungsabkommen mit der EU wieder in Schwung, die seit 1998 ins Stocken geraten waren. Unter den Mittelmeer-Anrainerstaaten, die im so genannten Barcelona-Prozess in Frage kommen, ist Syrien das letzte fehlende Glied. Beide Seiten hofften, das Abkommen bis Ende 2003 unter Dach und Fach zu haben. Im letzten Moment verhinderte jedoch der Streit um Syriens Massenvernichtungswaffen eine Unterschrift.

Während der Verhandlungen waren die Syrer zu mehreren Zugeständnissen bereit, die sie lange Zeit abgelehnt hatten. Ein Punkt betrifft die Menschenrechts-Klausel, die normaler Bestandteil des Abkommens ist, und die Formulierung über die Bekämpfung des Terrorismus. Hier liegt die Vermutung nahe, dass der US-amerikanische Druck indirekt doch seine Wirkung gezeigt hat. Allerdings müssen solche Erklärungen sorgfältig mit der Realität abgeglichen werden. Wie unten zu sehen sein wird, sieht diese zur Zeit anders aus.

Andere Zugeständnisse sind eher technischer Art, wie eine lineare Senkung der hohen Import-Zölle innerhalb der nächsten zwölf Jahre (der höchste Zollsatz beträgt 250% für bestimmte Import-Autos, Motoren etc.). Damit soll sich die syrische Industrie allmählich an die wachsende Konkurrenz aus dem Ausland anpassen können. Doch EU-Beobachter zweifeln, ob das Abkommen der syrischen Wirtschaft am Ende wirklich so viel bringt. Die meisten Export-Güter des Landes außer Erdöl sind Agrar-Produkte (v.a. Olivenöl, Baumwolle), gegen die sich die Europäische Union selbst immer noch abschottet.

Die zweite Daumenschraube, die der syrischen Wirtschaft angelegt wird, ist der Einstieg in das Großarabische Freihandelsabkommen (GAFTA). Danach bleibt dem Land nur eine Frist bis 2005, um seine Zölle gegenüber den arabischen Nachbarn auf Null zu senken.

Diese Entwicklungen zeigen, dass der Präsident und seine Minister auf schwierige Zeiten zusteuern, wenn nicht bald einschneidende Reformen verwirklicht werden und die Wachstumsraten wieder steigen. Sonst könnten ernste Zahlungsbilanzkrisen auftreten. Eine der größten Herausforderungen wird sein, die Wirtschaftsreformen sozial abzufedern, da ansonsten eine wichtige Legitimitätssäule des Regimes wegbricht. Soziale Schief lagen könnten zudem zu einer Wiederbelebung islamistischer Kräfte führen, die – wie in anderen arabischen Staaten auch – ihre Anhängerschaft mit Sozialarbeit locken, um die Wohlfahrtslücke zu schließen.

27 Interview mit dem Autor am 02.11.03 in Damaskus.

28 Gareth Smyth: "Conference highlights EU approach to handling Syria", in: *Financial Times*, 27.10.03.

Politische Stagnation: Schon in seiner Antrittsrede im Juni 2000 machte Bashshar klar, dass mit einer wirtschaftlichen keine politische Liberalisierung einher gehen müsse:

„Wir sollten auf uns nicht die Demokratie anderer anwenden. Westliche Demokratien sind das Ergebnis einer langen Geschichte. [...] Wir müssen unsere eigene demokratische Erfahrung machen, die aus unser eigenen Geschichte, Kultur und Persönlichkeit entspringt.“²⁹

Auf Fragen nach einer politischen Reform antwortet der Präsident heute mit gestelzten Formulierungen wie:

„[...] wir brauchen eine intellektuelle Basis. Es muss eine Verbindung geben zwischen dem politischen Vorschlag und der sozialen Struktur der Gesellschaft.“³⁰

Und diese sei noch nicht reif für politische Mitbestimmung. Damit versucht Syrien eine Art chinesischen Weg zu gehen. Wirtschaftliche Liberalisierung ohne politische Reformen – oder Brot vor Freiheit, wie es der verhaftete Unternehmer, Ex-Parlamentsabgeordnete und Regimekritiker Riad Seif ausdrückte.³¹ Unter vielen Oppositionellen hat sich inzwischen Pessimismus breit gemacht, ob Bashshar überhaupt noch politische Reformen will, ob er Brot *statt* Freiheit ansteuert. Michel Kilo von der Zivilgesellschaftsbewegung klagt:

„Bashshar hat sich mit den korrupten Kräften verbunden. Damit hat er im Grunde genommen auf eine umfassende Reform verzichtet. [...] Bashshar kann nicht nur nicht, sondern er will auch nicht.“

Der Präsident wolle die Demokratiefrage umgehen. „Er will nur eine Reform der Macht, nicht des Systems.“³²

Das Regime ist nach Kilos Auffassung nicht reformierbar. Deshalb steuere Syrien einen gefährlichen Kurs. Das gelte für alle autoritären Regime in der arabischen Welt. „Sie sind nicht in einer Lage der Stabilität, sondern in einer stabilen Krise“, sagt der Journalist. Die syrische Regierung habe nicht mehr den gleichen Bezug zu ihrer eigenen Ideologie. „Sie hat nicht mehr die gleiche Beweglichkeit und nicht mehr die gleiche Einheit.“ Die Verantwortlichen wüssten, dass sie sich verändern müssen, aber sie haben keine Mittel dazu. „Das ist ein Teil des Dramas dieser Regime“, meint Kilo.

„Als das Regime in der Sowjetunion sich reformieren wollte, gab es das Regime nicht mehr. So wird es auch mit den Regimen in der arabischen Welt passieren.“³⁴

Die Frustration der Oppositionellen entspringt vor allem der Niederschlagung des „Damaszener Frühlings“ ab der zweiten Hälfte des Jahres 2001. Es war eine Art Glasnost. Der damals erst 34-jährige Bashshar hatte sich in seiner Antrittsrede dafür

29 Zitiert nach: George (2003), S. 32.

30 Interview in *Syria Times*, 25.05.03.

31 George (2003), S. 170.

32 Interview mit dem Autor am 28.04.03 in Damaskus.

34 Interview mit dem Autor am 30.09.03 in Damaskus.

ausgesprochen, „die Meinung des anderen zu akzeptieren“. Die Opposition nahm ihn beim Wort. Politische Debattierclubs schossen aus dem Boden, die Kritik an den Zuständen wurde immer lauter. Der Präsident spielte zunächst mit und entließ die Chefs des staatlichen Radios, Fernsehens und der drei größten staatlichen Tageszeitungen *Al-Thaura*, *Al-Ba'th* und *Tishreen*. Der Chefredakteur von *Al-Thaura* war nicht einmal Parteimitglied. Das Blatt wurde zu einem Forum gegen Korruption und Misswirtschaft. Im September 2000 verfassten syrische Oppositionelle unter Federführung von Michel Kilo das so genannte „Manifest der 99“. Es war die Blütezeit der jungen Zivilgesellschaftsbewegung, bestehend aus Intellektuellen, Journalisten, Schauspielern, Ärzten, Rechtsanwälten und Professoren. Sie wollten Brot und Freiheit zugleich.

Am weitesten ging der Parlamentsabgeordnete und Unternehmer Riad Seif. Er gründete den „Unabhängigen Parlamentarischen Block“ und forderte neben der Abschaffung wirtschaftlicher auch die Zerschlagung politischer Monopole. Das war ein direkter Angriff auf die Einparteienherrschaft. Damit hatte er die rote Linie überschritten.

Die konservativen Kräfte um Bashshar zogen die Notbremse. Erste Warnungen kamen im Februar 2001. Bald wurden die schärfsten Kritiker nach und nach verhaftet, im September auch Seif. Das Publikationsgesetz des gleichen Monats war ebenfalls ein Markstein zur Wende rückwärts. Es erlaubte zwar erstmals private Zeitungen, und es entstanden neben der bissigen Wochenzeitung *Al-Dumari* (die im Juli 2003 wieder verboten wurde) einige, meist Fachzeitschriften, doch die strengen Auflagen gegen die Pressefreiheit brachten Ernüchterung.

Das Regime wehrte sich gegen den Damaszener Frühling mit Festnahmen und Verboten. Zwar hatte sich der Präsident lange Zeit hinter die Zivilgesellschaftsbewegung gestellt und deren Ziele zum Teil mutig unterstützt, jedoch wurde er von den Hardlinern schließlich übertrumpft.³⁵ Das unterstützt die These einer Pluralisierung von Machtzentren und erklärt, warum harsche Regimekritiker trotz Rückschlägen den Präsidenten persönlich weiterhin in Schutz nehmen, so der letzte Chefredakteur von *Al-Domari*, Hakam al-Baba,³⁶ und sogar führende Menschenrechtler.

Dass der Präsident noch immer – wenn auch heimliche – Sympathien für die zivilgesellschaftlichen Kräfte hegt, kann man auch daran ablesen, dass ein Vertrauter Bashshars die Reden und Texte der Oppositionellen bis heute regelmäßig auf seine Internet-Seite stellt. Ein anderer, dem Präsident nahe stehender Vertreter, ermutigte Kilo im Februar 2004 sogar, nicht nur in libanesischen, sondern auch in syrischen Zeitungen seine kritischen Artikel zu veröffentlichen. „Er hat mir versprochen, dass kein Wort gestrichen wird“, freute sich Kilo.³⁷ Im März 2004 durfte der Oppositionelle in einer Talkshow des syrischen Fernsehens auftreten. Vor laufender Kamera sagte er, dass Syrien einen ganz anderen Neuanfang braucht, als am 8. März 1963, als die Ba'thisten an die Macht kamen. Der neue Informationsminister Ahmed

35 Perthes (2002), S. 210.

36 Interview mit dem Autor am 11.09.03 in Damaskus.

37 Interview mit dem Autor am 11.02.04 in Damaskus.

Hassan hatte die Sendung persönlich unterstützt. Die staatlichen Zeitungen fassten Mut und begrüßten die offene Diskussion.

Sonst beschränken sich praktische Veränderungen meist auf kleine Schritte. So tragen Schüler ab Herbst 2003 neue Schuluniformen. Statt militärgrün sind die Anzüge nun dunkelblau/hellblau für Jungs und dunkelblau/rosa für Mädchen. Gleichzeitig wurde die Prügelstrafe in den Klassenzimmern abgeschafft, und einige militaristische Elemente wurden aus dem Lehrplan der Schulen gestrichen.

Doch wie lange sich Bashshar als „der Gute unter Bösen“ präsentieren kann, ist fraglich. Die lang erwartete Bildung einer neuen Regierung im September 2003 wird jedenfalls nicht uneingeschränkt als Erfolg gewertet. Zunächst hatte er versprochen, den Einfluss der Ba'th-Partei auf das politische Alltagsgeschäft zurück zu drängen und auf die ideologische Führungsrolle zu beschränken. Außerdem kündigte er an, Technokraten stärker einzubinden. Doch unter dem neuen Ministerpräsidenten Naji Otri dienen nun 18 statt 15 Ba'th-Mitglieder. Fast die Hälfte der neuen Minister gehörten bereits der alten Regierung an. Auch der 59-jährige Otri selbst, ein umgänglicher aber etwas farbloser Ba'th-Kader aus Aleppo, konnte bisher nicht überzeugen. Laut einer inoffiziellen Internet-Umfrage unter 200 Syrern, meist Geschäftsleuten, zeigten sich neun von zehn Befragten von der neuen Regierung wenig beeindruckt.³⁸

Der Präsident gab dem neuen Kabinett die Agenda vor, als Prioritäten die Wirtschaft, das Steuersystem und die Verwaltung zu reformieren, um ein besseres Investitionsklima zu schaffen. Der Opposition – geläuterte Islamisten und die Zivilgesellschaftsbewegung – ist das nicht genug. Nach dem Irak-Krieg ist neben dem außenpolitischen auch der innenpolitische Druck gewachsen. In einer erneuten Petition an den Präsidenten im Mai 2003 kommt dies zum Ausdruck. Wieder hatte Kilo die Schrift entworfen.

Darin wurden die neuen strategischen „Herausforderungen und Gefahren“ für Syrien nach der Besetzung des Irak hervor gehoben. Als gemeinsamer Nenner mit dem Regime in Damaskus führten die Oppositionellen die „aggressive, rassistische, egoistische und böse Politik und Ideologie“ der Bush-Regierung und Israels an.

„Verehrter Herr Präsident“, heißt es in der Petition, „unser Land sieht sich dieser drohenden Gefahr gegenüber, ohne darauf vorbereitet zu sein. Syrien muss sich dagegen wappnen und seine Fähigkeiten steigern, [dieser Gefahr] zu begegnen, nachdem es von gehäuften Fehlern geschwächt worden ist, die die Nation von öffentlichen Problemen abgekoppelt hat, die das Land und die Gesellschaft erschöpft haben, und die [sie] wie nie zuvor [diesen Gefahren] ausgesetzt hat.“³⁹

Die Unterzeichner fordern „durchgreifende Reformen“, unter anderem, den Ausnahmezustand aufzuheben, der seit 1963 in Kraft ist, die Macht des Sicherheitsapparates zu beschneiden, Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu erlauben, sowie die Freiheit, sich politisch zu betätigen und sich frei zu bewegen und zu reisen. Eine offizielle Antwort des Präsidenten blieb aus.

38 Nidal Maalouf in: www.all4syria.org, 05.10.03.

39 Petition vom 17. Mai 2003, veröffentlicht in der Zeitung *Achbar Al-Sharq*, zitiert nach MEMRI-Newsletter vom 15.06.03, Übersetzung aus dem Englischen vom Autor.

Sicher ist, dass die Opposition eine Wiederbelebung des Damaszener Frühlings anstrebt. Die außenpolitischen Zwänge liefern ihr dabei Argumente. In der Schrift fordern sie zu handeln, bevor es die USA tun. Nur ein freier Staat könne sich dem Druck entgegen stellen.

Menschenrechte: Willkürliche Verhaftungen, Konfiskationen, Folter, Isolationshaft, Misshandlungen und katastrophale Zustände in den Gefängnissen sind Teil der Schattenwelt des sonst so friedlich erscheinenden syrischen Alltags. Dazu zählt eine korrupte Justiz, die in Syrien der 40er und 50er Jahre noch als vorbildlich gegolten hatte. Die Zahl der politischen Gefangenen wird derzeit in Oppositionskreisen zwischen 800 und 3000 geschätzt (wobei die geringere Zahl wahrscheinlicher ist). Anfang der 90er Jahre waren es noch 7500⁴⁰, darunter viele Islamisten.

Der langjährige Menschenrechtler Haitham Maleh nimmt besonders Anstoß am Gesetz Nr. 14 von 1969. Im Paragraf 16 des Geheimdienstgesetzes steht nämlich, dass ein Vorgesetzter einer Strafverfolgung seines Mitarbeiters widersprechen kann.

„Dadurch wird er noch abhängiger von seinem Boss, der von ihm immer mehr Verbrechen verlangen und ihn unter Druck setzen kann“, sagt Maleh. „Es gibt kein einziges Verfahren gegen Muchabarat-Mitarbeiter.“⁴¹

Zudem könne unter dem Ausnahmezustand jedes Gesetz außer Kraft gesetzt werden. Militärtribunale statt zivile Gerichte übernehmen seit Jahren die Verhandlungen, falls es welche gibt.

Unter Bashshar al-Asad habe sich die Situation nicht wesentlich verbessert: „Wir spüren keine wirkliche Veränderung. Nur ist die Lage etwas entspannter“, sagt Maleh. Hafiz al-Asad habe dagegen noch Angst und Schrecken verbreitet. „Genauso wie Saddam Hussein war er ein blutrünstiger Mann.“ Trotz seiner deftigen Kritik am Regime hat der 72-Jährige den Glauben in die guten Absichten des jetzigen Präsidenten noch nicht aufgegeben.

„Der junge Bashshar ist ein Gefangener seiner Machtclique“, meint Maleh. „Das Land wird von mehreren Mafias regiert. Syrien ist eine Kuh, und deren Milch geht in ihre Taschen. Kein Tropfen kommt zu uns.“

Maleh setzt jetzt auf die EU, „damit sie Menschenrechte einklagt. Das würde uns sehr helfen.“

Die atmosphärischen Veränderungen unter Bashshar zeigen sich nach Einschätzung Oppositioneller zum Beispiel darin, dass der Geheimdienst nicht mehr unbedingt in die Wohnungen kommt und Leute verhaftet. Jetzt erhält jeder eine schriftliche Einladung zum Vorsprechen. Einige berichten sogar von lebhaften Diskussionen mit Muchabarat-Mitarbeitern über die Probleme des Landes. „Sie hören jetzt mehr zu“, berichten Oppositionelle einstimmig.

Ein Zeichen ist die Human Rights Association of Syria selbst, die Maleh im Juli 2001 gegründet hat. Gegen den Verein legte die Regierung keinen Widerspruch ein. Nach 60 Tagen Frist sei ein Verein laut syrischem Gesetz automatisch legal, meint

40 Perthes (2002), S. 192.

41 Interview mit dem Autor am 15.10.03 in Damaskus.

der Rechtsanwalt. Der Innenminister habe sogar auf Briefe von ihm geantwortet und den Verein damit indirekt anerkannt. Diplomaten berichten, dass die Regierung Verhaftungen jetzt zumindest zuverlässig mitteilt und Gerichtsverfahren einleitet, die sie zum Teil beobachten dürfen.

Das Regime geht dabei jedoch zweigleisig vor. „Die großen Namen werden geschont, weil sich Syrien nach außen jetzt kein schlechtes Image leisten kann“, sagt die Ärztin Maya al-Rahabi von der Zivilgesellschaftsbewegung. Maleh zum Beispiel hat sein Reiseverbot in erster Instanz erfolgreich anfechten können. Die Verantwortlichen gehen Kompromisse ein, besonders jetzt, wo das Land im Endspurt der Verhandlungen mit der EU über das wirtschaftliche Assoziierungsabkommen steht. „Doch für die meisten von uns ist die Arbeit schwieriger geworden“, klagt Rahabi.⁴² Immer wieder kursieren in den Hinterzimmern der Oppositionellen Nachrichten über neue Festnahmen oder Einschüchterungsversuche. Laut Maleh wurden seit dem Irak-Krieg in Syrien im Schnitt mehr politische Gegner festgenommen als früher.

Der wachsende Druck der USA und Israels auf das syrische Regime trifft somit auch und vor allem die Oppositionellen. Die Herrschenden sind nervöser geworden. Maleh zieht eine direkte Verbindung zu den Plänen der US-Regierung im Nahen Osten und fordert daher:

„Nehmt Eure Nase heraus aus unseren Angelegenheiten und aus dieser Gegend. Unterstützt überhaupt keine Diktatur. Damit werdet ihr uns automatisch helfen!“

Korruption: In alle Bereiche des öffentlichen Lebens ist die Korruption eingesickert. Der große Rahmen ist das generelle Patronage-System der Ba'athisten, das zuvor erwähnt wurde. Die alltägliche Praxis speist sich auch aus den äußerst niedrigen Einkommen der Angestellten des öffentlichen Dienstes. An Universitäten können Studenten ihre Diplome kaufen, besonders in der Fakultät für Recht. Das frustriert viele und verwehrt den intelligenten Köpfen Aufstiegschancen. Die Rekrutierung der Elite ist derart verzerrt, dass viele junge Syrer ihre Zukunft nur im Ausland sehen (brain drain).

Die Korruption der Verwaltung, Justiz, Polizei, des Zolls und der Vergabepaxis öffentlicher Aufträge ist einer der Hauptgründe für die Lähmung der syrischen Wirtschaft. Auch das Militär ist betroffen. Offiziere und ihre Soldaten haben eine regelrechte Parallel-Ökonomie aufgebaut mit kleinen „militärischen Fürstentümern“.⁴³

Präsident Bashshar ist mit einem Saubermann-Image angetreten und hatte die Bekämpfung der Korruption auf seine Tagesordnung gesetzt. Wie viele andere Aktionen zuvor verlief jedoch auch diese im Sand. Zu stark sind die systeminhärenten Widerstände. Eine Gruppe französischer Experten wurde nach dem Irak-Krieg eingeladen, um das System zu inspizieren und Vorschläge für Verbesserungen zu machen. Die Hoffnung, dass dieser neue Anlauf fruchtet, ist gering. Nach Angaben von Michel Kilo ist der Vorsitzende des neuen Instituts für Verwaltungsreform selbst

42 Interview mit dem Autor am 15.10.03 in Damaskus.

43 Neil Quilliam: Syria and the New World Order, Reading 1999, S. 45-46, 81-84.

„einer der korruptesten Beamten des syrischen Staates“ mit gefälschtem Diplom und einer Vorgeschichte von Unterschlagungen.⁴⁴

Syrien der „Schurkenstaat“?

In den Augen der USA, Israels und vieler westlicher Staaten ist Syrien ein „Schurkenstaat“, der den Terrorismus in der Region unterstützt. Mit diesem Argument bombardierten israelische Kampfflugzeuge Anfang Oktober 2003 zum ersten Mal nach 30 Jahren syrisches Kernland. Einen Selbstmordanschlag einer jungen Palästinenserin in Haifa nahm Israel zum Anlass, eine direkte Verbindung zu Syrien herzustellen. Die Bomben fielen auf ein seit Jahren verlassenes Camp, in dem früher Mitglieder der Volksfront zur Befreiung Palästinas trainierten (und nicht des Islamischen Dschihad, wie Israel behauptete). Inzwischen war dies – nach Angaben von Anwohnern des Örtchens Ain Saheb – ein Sportgelände für Kinder, 25 Kilometer nördlich von Damaskus.

Wie oben dargestellt, bedient sich Syrien durchaus einer teils aggressiven Rhetorik zur Unterstützung der Intifada in den besetzten Gebieten und gewährt Repräsentanten palästinensischer Organisationen Unterkunft und Bewegungsfreiheit. Doch hier besteht zum einen eine unterschiedliche Auffassung über den Begriff Terrorismus, der weltweit nicht geklärt ist.⁴⁵ Zum anderen kann man dem Regime in Damaskus nach bisherigen Erkenntnissen nicht nachsagen, palästinensische „Terroristen“ oder „Widerstandskämpfer“ systematisch auszubilden, zumindest heute nicht mehr. Und das sollte für eine Bewertung der aktuellen Lage ausschlaggebend sein.

Ein Rest Ungewissheit bleibt jedoch bestehen, da Syrien militärische Angelegenheiten mit äußerster Geheimhaltung behandelt. Bemerkenswert ist auch, dass das Regime im krassen ideologischen Widerspruch zu islamistisch-sunnitischen Bewegungen wie der Hamas steht, die aus den palästinensischen Muslimbrüdern hervorging und erst vor wenigen Jahren überhaupt eine „Vertretung“ in Damaskus eröffnen durfte. Mit großem Einsatz hat Syrien Jahre lang Aktivitäten islamischer Extremisten bekämpft. Die Rhetorik aus Washington, die al-Qaida, Palästinenser, das syrische Regime und andere unter die Haube des „globalen Terrorismus“ packt, greift hier daneben.

Stattdessen kooperiert Syrien schon lange mit dem US-Geheimdienst, vor allem nach den Anschlägen des 11. September. Nicht durch Zufall sind CIA-Chef George Tenet und sein Apparat einer der wenigen Fürsprecher des syrischen Regimes innerhalb der US-Regierung. Viele lange gesuchte Terroristen und irakische Ba'th-Mitglieder wurden mit syrischer Hilfe im Irak gefasst. Al-Qa'ida hat sogar seine Mitglieder davor gewarnt, wegen mehrerer Festnahmen und finanzieller Verluste durch Syrien zu reisen.⁴⁶

Gleichzeitig gilt als sicher, dass aus Syrien Waffen an das Saddam-Regime geliefert wurden, was allerdings schwer als Terrorismus zu definieren ist, nicht

44 Interview mit dem Autor am 28.04.03 in Damaskus.

45 Ein guter Leitfaden dazu ist: Bruce Hoffmann: Terrorismus – der unerklärte Krieg: Neue Gefahren politischer Gewalt, Frankfurt/Main 2001.

46 *Al-Hayat*, 21.12.2003.

zuletzt, weil dies auch viele westliche Staaten getan haben. Man könnte es „Unterstützung terroristischer Regime“ nennen, was dann – zumindest zeitweise – auch für den Westen gelten würde.

Auch weist nichts darauf hin, dass Syrien systematisch „Terroristen“ oder „Widerstandskämpfer“ in den Irak schleust. Gleichzeitig gibt die Regierung in Damaskus zu, dass die lange Wüstengrenze mit dem Irak nicht vollständig zu kontrollieren ist. Auch nach Bildung der arabischen Nationalstaaten haben Angehörige gleicher oder verbundener Stämme diesen Wüstenabschnitt durchquert. Wie die Sprecherin des syrischen Außenministeriums sagte, wirken die amerikanischen Vorwürfe wenig überzeugend, wenn selbst das US-Militär die irakischen Grenzen nicht unter Kontrolle bekommt und seit Jahrzehnten nicht einmal ihre eigene Südgrenze zu Mexiko.⁴⁷

Ein weiterer Dorn im Auge westlicher Politiker ist die syrische Unterstützung der schiitischen Hizbullah im Libanon, was von Damaskus offiziell lediglich als „moralische Unterstützung“ bezeichnet wird. In Wahrheit ist Syrien jedoch Drehscheibe für die Waffenlieferungen des Iran an die schiitischen Kämpfer. Die Milizen der Hizbullah hatten sich als Reaktion auf den israelischen Einmarsch in den Libanon 1982 gegründet und werden vor allem durch den Iran gefördert.

Hafiz al-Asad hatte es geschickt verstanden, mit einem Stellvertreterkrieg im Südlibanon mit Hilfe der Hizbullah-Milizen Israel Paroli zu bieten, ohne in eine direkte Konfrontation mit dem militärisch überlegenen Nachbarn zu treten. Diese Politik hat Bashshar fortgesetzt. Gleichzeitig stand Hafiz al-Asad in der Schuld der Schiiten. Denn nach seinem Putsch an die Macht bekam der ehemalige Kampfpilot 1973 vom Höheren Schiitenrat unter Musa Sadr ein religiöses Rechtsgutachten (Fatwa) gesprochen, in dem Alawiten als Muslime bezeichnet werden (für viele konservative Sunniten – die immerhin die Mehrheit im Land stellen – gelten Alawiten als Ketzer). Das war insofern bedeutend, da ja die syrische Verfassung nur Muslime als Präsidenten zulässt.⁴⁸

Inzwischen hat sich die Hizbullah nationalisiert und ist weit verzweigt in der libanesischen Gesellschaft, unter anderem mit sozialen Einrichtungen und gesellschaftlichen Dienstleistungen, die der fragmentierte und schwache Staat selbst nicht leisten kann. Seit 1992 hat sich die „Partei Gottes“ sogar als parlamentarische Kraft etabliert und an Wahlen teilgenommen, die auch vom Westen als demokratisch akzeptiert werden. Ohne die Ziele der Hizbullah unterstützen zu müssen, steckt hier ein Dilemma, das der demokratischen Legitimierung von Palästinenserpräsident Yasir Arafat und seiner Fatah-Bewegung ähnelt. Wie können demokratische Staaten wie die USA oder Israel den demokratischen Willen anderer ignorieren und ihre Wahl als „Unterstützung des Terrorismus“ bezeichnen? Diese Frage muss auch dann gestellt werden, wenn Beobachter die Stimmabgaben für die Hizbullah als nicht freiwillig und unter sozialem Zwang stattfindend beschreiben.⁴⁹

47 Buschra Kanafani am 11.10.03 vor Journalisten in Damaskus.

48 Patrick Seale: *Asad: The Struggle for the Middle East*, London 1988, S. 173.

49 Dina Danawi: *Hizbullah's Pulse: Into the Dilemma of Al-Shahid and Jihad Al-Bina Foundations*, Beirut 2002, S. 92.

Freilich hat die Hizbullah die Praxis der Selbstmordattentate in den 80er Jahren eingeführt. Das macht sie als Handlanger Syriens zu einem problematischen Partner, wenn es um den Kampf gegen den Terrorismus geht.

Syrien bemüht sich – besonders nach dem Irak-Krieg – keinen Anlass zu bieten, die USA weiter zu provozieren. Trotz der low profile Strategie möchte sich Damaskus jedoch möglichst viele Optionen offen halten. Aufgrund seiner eigenen militärischen Schwäche kann es sich Syrien nicht leisten, auf die Hizbullah als verlängerten Arm im Libanon zu verzichten. Schließlich eskaliert der israelisch-palästinensische Konflikt weiter. Ermutigt durch den Irak-Krieg hat Israel eine zunehmend aggressive Strategie eingeschlagen, die Annexion von Siedlungen im besetzten Westjordanland angekündigt und trotz eines einseitigen Waffenstillstands von palästinensischer Seite mehrere Optionen zu Verhandlungen ausgeschlagen.

Gleichzeitig ist die Kritik der USA am Regime in Damaskus berechtigt, es mache nur „kosmetische Zugeständnisse“ (wie mit der Schließung palästinensischer „Verbindungsbüros“ in Damaskus). Zwar ist mit dem Übergang der Macht von Hafiz al-Asad an seinen Sohn eine leichte außenpolitische Schwächung Syriens einher gegangen. Dennoch zehrt das Regime weiterhin vom Erbe des verstorbenen Präsidenten, der Syrien vom Spielball der Mächte zu einer eigenen Kraft im regionalen Machtspiel entwickelt hat.

Im Grundsatz entscheidet sich die Frage, wie Syrien in diesem Fall zu beurteilen ist, tatsächlich an der Wahl der Definition von Terrorismus. Sieht man die palästinensischen Gewaltakte gegen Zivilisten als Terrorismus an auf einer Stufe mit al-Qaida oder europäischen Gruppen wie der ehemaligen Roten Armee Fraktion, dann ist Syrien ebenfalls ein Unterstützer oder zumindest Sympathisant des Terrorismus. Die Selbstmordattentate gegen israelische Zivilisten sind dafür das gewichtigste Argument.

Sieht man die palästinensischen Aktionen jedoch auch als Widerstand gegen eine völkerrechtswidrige Besatzung, als Kampf für Freiheit und Menschenrechte, und zieht man auch den israelischen „Staatsterrorismus“ mit einem System kollektiver Bestrafungen, Bombardierung von Wohnhäusern etc. mit vielen zivilen Opfern mit in Betracht, muss das Gesamtbild differenzierter ausfallen. Diese Debatte macht erneut deutlich: Der Schlüssel zum wirkungsvollen Kampf gegen politisch motivierte Gewalt gegen Zivilisten liegt in der dauerhaften Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Die Opposition, der Islam und das Regime

Die Opposition in Syrien lässt sich in zwei große Strömungen einteilen: Linksgerichtete säkulare Kräfte sowie Islamisten.

Der Zivilgesellschaftsbewegung wurde bisher großer Raum eingeräumt. Das ist insofern gerechtfertigt, als sie derzeit in der semi-öffentlichen Debatte am deutlichsten von sich reden macht und am meisten publiziert. Die Bewegung ist eine amorphe Vereinigung Intellektueller mit verschiedenen inhaltlichen Nuancen. Meist tritt Michel Kilo als ihr Wortführer auf. Der Christ studierte mehrere Jahre in Münster und spricht fließend deutsch. Aus dieser Zeit stammt auch seine Philosophie der Graswurzel-Demokratie. Lieber viele kleine Initiativen als eine große Partei. Das

erschwert auch die Verfolgung durch den Staatsapparat. Sich selbst beschreibt der ehemalige Kommunist als „Humanist“. Ein weiterer, weniger aktivistischer als philosophischer Kopf der Bewegung ist Sadik al-Azm. Unterstützt werden sie von Nationalisten, Kommunisten und anderen linken Gruppierungen. Oftmals sind sie Splittergruppen der größeren Blockparteien, die in der Nationalen Front mit der Ba'th-Partei verquickt sind.⁵⁰

Daneben agieren syrische Oppositionelle auch im Ausland. Unter ihnen spielt Farid al-Radri (34) etwa die gleiche Rolle wie der Geschäftsmann Ahmad Tschalabi im Irak: Er ist von den USA als „der Oppositionsführer“ aufs Podest gehoben und von den Medien aufgebaut worden. In Syrien ist al-Radri dagegen fast unbekannt. Sein Vater Nihad, der eine Zeitschrift heraus gibt, wohnt im Libanon.. „Sie wollen das Gleiche wie wir, nur unter amerikanischem Schirm“, sagt Kilo knapp. Er hätte lieber gesehen, wenn die Europäer diese Rolle übernommen hätten.

Das Treffen von syrischen Oppositionellen im Januar 2004 auf Einladung der EU in Brüssel, auf dem al-Radri Wortführer war, hatte möglicherweise auch Auswirkungen auf die Aktivisten in Syrien selbst.

„Dadurch ist unsere Stimme viel lauter und mutiger geworden“, meint Kilo. „Das Regime muss uns mehr Freiheiten geben, da sie Angst haben, dass wir auch in die Arme des Auslands überlaufen. Damit haben wir ihnen auch gedroht. Wir müssen noch aggressiver werden!“

Würde den Führern der Zivilgesellschaftsbewegung jetzt etwas passieren, hätte das unabsehbare Konsequenzen, ist Kilo überzeugt.

„Das würde auch die syrisch-amerikanische Opposition stärken. Das ist ein Kampf, den Bashshar nicht gewinnen kann.“⁵¹

Die bekannteste islamistische Kraft sind die Muslimbrüder, die den „alawitischen Ketzer“ Hafiz al-Asad Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre fast aus dem Amt getrieben hätten. Allein eine Mitgliedschaft ist seit 1980 unter Todesstrafe verboten. Ihre Anführer leben im Exil in Europa. Sie haben dennoch zahlreiche Sympathisanten ins syrische System eingeschleust, darunter Intellektuelle, Militär-Angehörige und sogar Ba'th-Mitglieder.⁵²

Bemerkenswert ist, dass sich einige Vertreter der Zivilgesellschaftsbewegung und die heutigen Islamisten keinesfalls wie Feuer und Wasser gegenüber stehen. Zwischen ihnen bestehen „persönliche Kontakte“, wie ein Mitglied der Zivilgesellschaftsbewegung in Damaskus einräumt. Islamisten haben auch Petitionen der Zivilgesellschaftsbewegung unterschrieben; beide verfolgen – zumindest mit Worten – das gleiche Ziel: Demokratie.

50 Zusammengefasst sind diese Kräfte in der National-Demokratischen Versammlung, die illegal ist, aber toleriert wird. Darunter zählen die Arabisch Sozialistische Union (Nasseristen) unter Hassan Ismail Abdul Azim, welche die Nationale Front ein Jahr nach deren Gründung 1973 verlassen hat, die Syrische Kommunistische Partei – Politbüro unter Riad Türk (nicht zu verwechseln mit der legalen Syrischen Kommunistischen Partei, Mitglied der Nationalen Front), die Revolutionäre Arbeiterpartei, die Bewegung Arabischer Sozialisten und die Demokratische Sozialistische Arabische Ba'th-Partei.

51 In einem Interview mit dem Autor am 11.02.04 in Damaskus.

52 George (2003), S. 93.

Die überraschende Kompabilität ergibt sich nicht nur aus Opportunismus. Stattdessen scheinen die Syrer eine Bewegung des politischen Islam entwickelt zu haben, die moderater ist als in den Nachbarstaaten. Viele erinnern sich noch mit Grauen an die Muslimbrüder vor 25 Jahren und an die bürgerkriegsähnlichen Zustände im Land. Zumindest derzeit hätte ein radikaler Islam in Syrien vermutlich keine breite Basis, auch nicht bei Sunniten, unter anderem aufgrund der Jahrzehnte langen „säkularen“ Erfahrung unter dem Ba'th-Regime und davor.

Der Kopf der syrischen Muslimbrüder ist seit 1996 Scheich Ali Sadr al-Din al-Bayanuni, der in London lebt. Ermutigt durch den „Damaszener Frühling“ veröffentlichte die Bewegung im Mai 2001 dort eine Erklärung, die einen deutlichen Richtungswechsel bedeutete. Die Muslimbrüder verpflichteten sich darin der Demokratie, freien Wahlen, dem Primat des Rechts, ohne auf die Scharia zu verweisen, der Gewaltenteilung und eines pluralistischen modernen Staates. „Die Zeit ist vorbei, in der eine Partei behauptet, sie stelle das Heimatland dar“, heißt es in der Erklärung. Jede Partei habe nur Anspruch darauf, entsprechend ihrer Stärke aus freien Wahlen aufzutreten. Der Konflikt zwischen säkularem arabischen Nationalismus und Islamismus sei „eine Episode in der Geschichte, die nun der Vergangenheit angehört“.⁵³

Die syrische Regierung reagierte auf die Erklärung mit einer frontalen Ablehnung. Die Muslimbrüder wollten nur von ihrer eigenen Krise ablenken, sich eine neue Identität überstülpen und wieder Einfluss in der syrischen Politik gewinnen, hieß es offiziell. Die Islamisten blieben eine „terroristische Organisation“, die glaubte, es gebe nun ein politisches Vakuum im Land, das sie füllen möchte.⁵⁴ Dass sich die Muslimbrüder nach langen Jahren Ruhe wieder regten, erhöhte die Nervosität Bashshars und der Reformer, ihre Politik der Öffnung könnte aus dem Ruder laufen. Das lieferte vielleicht den entscheidenden Grund dafür, den „Damaszener Frühling“ nieder zu schlagen.

Im August 2002 trafen sich die Muslimbrüder erneut in London, um diese Erklärung zu einer Nationalen Charta zu erheben. Unter den Teilnehmern waren diesmal auch Oppositionelle aus dem linken und nationalistischen Lager. Allerdings gibt es darin leichte Abweichungen zu der vorangegangenen Erklärung: Die Rolle des Islam wird stärker betont, seine „noble Objektivität, erhabenen Werte und perfekte Rechtsprechung“ hervorgehoben. Der Passus, der Islam könne auch lediglich als „kulturelle Affiliation“ verstanden werden, wurde gestrichen.⁵⁵

Der Christ Michel Kilo kommt freilich zu einer ganz anderen Einschätzung als die Regierung. Er vergleicht die heutigen Islamisten in Syrien sogar mit den europäischen Christdemokraten oder der in der Türkei regierenden AKP. „Ich glaube, dass sie eine gemäßigte Kraft sind mit einer starken demokratischen Tendenz“, sagt er. „Deshalb werden wir dem Regime nicht die Gelegenheit geben, uns gegeneinander auszuspielen.“ Die Bereitschaft zum Dialog sei „vorläufig eine Basis, um diesen Menschen [den Herrschenden] die Macht abzusprechen.“ Priorität sei eine politische Veränderung.

53 George (2003), S. 92.

54 *Al Madschalla*, 06.05.2001, *Al Hayat*, 06.05.2001.

55 George (2003), S. 92-93.

„Wenn meine Meinung Ausdruck einer bürgerlichen, laizistischen Demokratie ist und ihre eine islamische, dann ist das gut, solange wir Demokratie als gemeinsamen Nenner haben. [...] Wenn die Muslime durch Wahlen an die Macht kommen, dann werden wir das akzeptieren, vorausgesetzt, dass sie das demokratische System akzeptieren.“

Die islamische Strömung in Syrien habe stets die Radikalen in Saudi Arabien abgelehnt. Besonders nach den Terroranschlägen vom 11. September ist Kilo überzeugt: „Saudi Arabien hat keine Glaubwürdigkeit mehr in der islamischen Welt.“⁵⁶ Der säkulare Philosoph Sadik J. al-Azm stimmt dem zu. Weltweit wie in Syrien sei seit dem 11. September „der radikale Islam im Niedergang begriffen“.

„Falls es einen Regimewechsel geben sollte, würde in Syrien ein moderater Islam der am Handel orientierten Mittelklasse die Oberhand behalten.“

Natürlich könne man Zweifel haben, sagt al-Azm. „Aber ich denke, das ist es wert, dieses Risiko einzugehen.“ Die Angst vor einem radikalen Islam benutze das Regime nur als Ausrede, um überhaupt nichts zu verändern. Als „Schock-Absorber“ gegen einen konservativen Islam und die mögliche Furcht religiöser Minderheiten könne nur eine starke Zivilgesellschaft fungieren.⁵⁷

Diese entspannte Haltung gegenüber dem politischen Islam ist umso bemerkenswerter, als der Philosoph mit marxistischer Vergangenheit den Islam oft als „rückständige Folklore“ bezeichnet und wiederholt davor gewarnt hat:

„Die Islamisten sind immer dann für Demokratie, wenn sie wissen, dass sie die politische Mehrheit hinter sich haben, und gegen Demokratie, wenn sie befürchten, die Wahlen zu verlieren.“

Offensichtlich haben sich in Syrien nicht nur die Islamisten stark verändert, sondern auch die Linken sind einen weiten Weg gegangen.

In dieser Frage gibt es jedoch auch Dissens in der Zivilgesellschaftsbewegung. Der Wirtschaftshistoriker Ali Saleh zum Beispiel warnt:

„Solange das Land keine säkulare Verfassung hat, die auch die islamischen Kräfte akzeptieren, besteht die Gefahr einer politischen Islamisierung. Wie in Algerien: Sobald die Islamisten an die Macht kommen, wollen sie einen islamischen Staat und eine islamische Gesellschaft, weil für sie der oberste Herr Allah ist.“

Die Politiker der AKP in der Türkei, obwohl sie strenge Muslime seien, müssten sich an die laizistische Verfassung halten und täten dies auch. In Syrien bestünde jedoch eine ungleiche Ausgangslage: Mit Schulen und Moscheen hätten die Islamisten eine bereits bestehende Infrastruktur, anders als die linken Intellektuellen. Durch den Ausnahmezustand seien größere Versammlungen mit mehr als fünf Leuten verboten.

56 Interview mit dem Autor am 28.04.03 in Damaskus.

57 Interview mit dem Autor am 04.04.03 in Damaskus.

„Das trifft für uns als Zivilgesellschaftsbewegung zu“, sagt Saleh. „Aber keiner verbietet den Menschen, in Massen in Moscheen zu gehen und sich zu Gesprächen zu versammeln.“⁵⁸

Manchmal schleichen sich sogar Christen und Kommunisten ins muslimische Freitagsgebet ein, nur um sich unerkannt und in größeren Zahlen zu treffen, wie Oppositionelle berichten.

Auch der laizistische Historiker Abdallah Hana warnt:

„Die religiöse Opposition ist stärker als die Säkulare. Derzeit operieren die Islamisten unter dem Deckmantel ritueller Religionsausübung. Aber der Boden ist bereitet für eine Explosion, wenn der Deckel gelüftet wird.“⁵⁹

In der Tat muss die Frage gestellt werden, wer im Falle eines abrupten Regimewechsels schneller das entstehende Machtvakuum füllen kann: Ein paar Intellektuelle, welche die westliche Philosophie einer modernen Zivilgesellschaft vertreten, oder eine islamistische Bewegung, die eventuell auch noch vom finanzkräftigen Saudi-Arabien oder den radikaleren Muslimbrüdern in Jordanien und Ägypten unterstützt wird. Bei einem gewaltsamen Umsturz werden diejenigen die Verfassung schreiben, die sich an die Herrschaft putschen. Damit scheidet sie als Korrektiv aus. Das ist ein Argument für einen behutsamen Übergang, den nicht zufällig auch (noch) die meisten Mitglieder der Zivilgesellschaftsbewegung anstreben.

Neben den reformierten Muslimbrüdern besteht eine andere islamische Kraft, die sich noch progressiver gibt. Kristallisationspunkt dieser Strömung sind der greise Mufti von Damaskus, Scheich Ahmad Kuftaro und Scheich Mohammad al-Habasch, sein Schwiegervater und Vorsitzender des Islamic Center for Policy Studies. Im März 2003 wurde Habasch (nach offizieller Auszählung) mit den meisten Stimmen der unabhängigen Kandidaten von Damaskus ins Parlament gewählt. Der Islamgelehrte sieht Kuftaro und sich von „Gott ausersehen“, jeder Form von religiösem Fanatismus und Intoleranz entgegen zu wirken. Dies versuchen sie Muslimen mit Hilfe entsprechender Koran-Suren zu vermitteln. Im „säkularen“ Syrien stehen nach Habaschs Ansicht Staat und Gesellschaft in einem „harmonischen Verhältnis“. Dennoch gewannen auch hier radikalere Kräfte an Boden. Diese beschimpften ihn mal als „Ketzer“, mal als „Christ“ und mal als „säkularen Iman“. Die beiden letzteren Titel findet Habasch nicht einmal anstößig.

„Wir betrachten den Islam als Religion unter mehreren“, sagt er. „Wir lehnen die Idee ab, dass der Islam alle vorangegangenen Religionen aufhebt. Wir sind gegen ein Monopol der Heilslehre. Wenn du Gutes tust, egal in welcher Religion, bist du ein guter Mensch.“

Seine Ideen rückt er selbst in die Nähe der europäischen Aufklärung. Als Ziel nennt Habasch die Demokratie, doch der Weg dorthin müsse behutsam gegangen werden:

58 Interview mit dem Autor am 15.11.03 in Damaskus.

59 Interview mit dem Autor am 09.02.04 in Damaskus.

„Unsere Priorität ist, eine islamische Erneuerung zu schaffen, bevor wir zur Demokratie übergehen. Wir müssen unsere Ideen vom Islam korrigieren.“

Für ihn ist der islamische Glaube lediglich „eine Sammlung von Ideen im Verlauf der Geschichte“. Habasch meint: „Wir können unter vielen Meinungen auswählen.“ Die Konservativen legten den Koran nur selektiv für ihre Zwecke aus.

Seine pragmatische Auslegung des Islam hat ihn jüngst sogar von Kuftaro entfremdet, der schriftlich mitteilen ließ, Habasch spreche nicht mehr für ihn. Habasch führt dies auf die „konservativen Leute“ zurück, die den greisen Mufti umgeben.

Habasch ist sogar „säkularer“ als die syrische Verfassung. Denn er lehnt die Scharia als Gesetz im Alltag ab. Die Syrer seien schon immer ein besonders eigensinniges Volk gewesen, meint er. Sie hätten sich nur schwer unter eine koloniale Haube zwingen lassen. „Jetzt haben wir die Gefahr einer anderen Art von Kolonisierung“, sagt der Scheich, „die islamistischen Bewegungen von außerhalb.“

Zwei Dinge sind ihm besonders wichtig. Erstens: Der Staat solle neutral bleiben und auch keine Kleiderordnung vorschreiben, den Schleier eingeschlossen. Zweitens: Die Interpretation des islamischen Dschihad sei von Radikalen fehlgeleitet. Er bedeute lediglich die Verteidigung des Heimatlandes und nicht den Kampf gegen andere Religionen und erzwungene Konvertierungen.⁶⁰

Einerseits denkt Habasch im kulturellen und dogmatischen Paradigma des Islam. In einem seiner Bücher geißelt er die „spirituelle Leere“ des Westens und idealisiert die islamischen Gesellschaften als „saubere Orte“ des Friedens ohne Kriminalität, Alkohol und Vergewaltigungen. Andererseits übt er harsche Selbstkritik, auch an Muslimen im Westen, die ihr Gastland als „Spielwiese für ihre Gelüste“ und „Markt für ihre Profite“ ansehen, ohne eine bürgerliche Loyalität ihnen gegenüber zu entwickeln.⁶¹ Einerseits erhofft er sich einen wachsenden Einfluss des Islam auch in Europa. Andererseits predigt er Toleranz und lehnt religiösen Übereifer ab. Habasch hält auch regelmäßig Gottesdienste in der al-Zahara Moschee in Mezzeh, einem gehobenen Neubaugebiet von Damaskus. Er freut sich über seinen Zulauf. „Mehr als 5000 Leute kommen jeden Freitag.“

Zur Zivilgesellschaftsbewegung bestehen rege Kontakte. Beide laden sich gegenseitig auf Veranstaltungen ein und geben sich Raum in ihren Publikationen. Habaschs Stellung zur Regierung ist zwiespältig. Auf der einen Seite arbeitet sein Institut illegal, weil die Ba'th-Ideologie keinen Raum für derartige zivilgesellschaftliche Einrichtungen außerhalb der offiziellen Verbände zulässt. Andererseits bestünden „gute Beziehungen“ zur Regierung. Mit dem Präsidenten sieht sich Habasch auf der gleichen Linie im *Fernziel* Demokratie (hier besteht ein Unterschied zur Zivilgesellschaftsbewegung) und im Kampf gegen Radikale.

Skeptiker bezeichnen Kuftaro und Habasch als Handlanger des Regimes. Mit Kuftaro, der staatlich anerkannten Autorität der syrischen Sunniten, können sich die regierenden Alawiten vom Vorwurf rein waschen, den Islam zu vernachlässigen.

60 Interview mit dem Autor am 12.11.03 in Damaskus.

61 Mohammad al-Habasch, *A Call to the West: Lectures on the Dialogue of Civilizations*, Damaskus 2003, S. 16, 35.

Bereits seit 1963 haben die Ba'thisten regimekonforme Großmuftis eingesetzt. Das ist Teil der Strategie, ihr Ketzer-Image bei den Sunniten abzuschütteln und mit derartigen Instrumentalisierungen ihre soziale Basis zu verbreitern.

Andererseits kann man als Fortschritt werten, dass die Ba'thisten – aus welchen Gründen auch immer – eine Umgebung geschaffen haben, wo ein derart liberaler Islam nicht nur starke Institutionen heraus bildet, sondern auch überzeugte Anhänger findet. Ein weiteres Argument dafür ist die umstrittene Äußerung des syrischen Islamgelehrten und Universitätsprofessors Muhammad Sa'id al-Bouti im Januar 2004. Er bezeichnete das Töten von amerikanischen Zivilisten als „unislamisch“ und diejenigen, die den Tod von Amerikanern fordern, als „ignorant“.⁶²

Im Falle einer politischen Öffnung oder eines politischen Wechsels könnten Habaschs Gefolgsleute, die nicht – wie die Muslimbrüder – durch ihre Vergangenheit belastet sind, vielleicht die wahren islamischen „Christdemokraten“ werden. Sie könnten traditionelle Muslime politisch auffangen, bevor sie sich radikaleren Kräften zuwenden. Sie hätten eine Anziehungskraft für diejenigen, die in der Politik irgendeine Verbindung zum Islam suchen, ohne Politik und Gesellschaft islamisieren zu wollen. Es ist eine Wählerschaft, welche die „ungläubigen“ Zivilgesellschaftler niemals ansprechen könnten.

Die Kuftaro-Anhänger haben derzeit freilich den Vorteil, dass sie vom Regime nicht als Opposition angesehen und dementsprechend eingeschüchtert werden. Was die konservativeren islamischen Aktivisten angeht, sieht das anders aus. Bisher hat das Regime Islamisten und Oppositionelle aus der Zivilgesellschaftsbewegung mehr oder weniger gleich behandelt, mit konjunkturellen Schwankungen. Falls erste Anzeichen nicht täuschen, sucht das unter Druck geratene Regime nun eher das Gespräch – auf inoffizieller Ebene – mit den Zivilgesellschaftlern. Einige berichten von Versuchen, sie für eine Mitarbeit zu gewinnen oder sie von der Politik der Regierung mit Argumenten zu überzeugen. Ob dies nur ein Versuch zur Kooption von Teilen der Opposition ist oder einen Schritt zur stärkeren Einschüchterung bedeutet, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen.

Mindestens ein herausragender Repräsentant der Zivilgesellschaftsbewegung wurde vom Muchabarat-Chef Bahjat Suleiman persönlich empfangen. Nach Berichten von Anhängern sollte die nachfolgende Botschaft an die gesamte Bewegung vermittelt werden: „Syrien ist derzeit in größerer Gefahr als sie denken. Sie müssen Ihre Kritik zügeln!“ Das könnte eine ernsthafte Mahnung sein. Das Schicksal Riad Seifs und anderer oppositioneller Häftlinge ist allgegenwärtig. Dabei versucht das Regime, den gemeinsamen Nenner zwischen Regierung und Opposition auszuspielen: Die Gefahr von außen, die Bedrohung des Vaterlands, der Druck von den USA und Israel. Andere Ereignisse wie der Fernsehauftritt Michel Kilos und die immer kritischer werdenden Debatten geben der Zivilgesellschaftsbewegung dagegen wieder Hoffnung.

62 *Akhbar Al-Sharq*, 15.01.04.

Die Widersprüche der US-Regierung

Die USA haben sich in der Vergangenheit nicht besonders für die kulturellen und gesellschaftlichen Realitäten der Länder interessiert, auf die sie außenpolitischen Druck ausübten oder in denen sie intervenierten. Wichtig waren übergeordnete strategische oder wirtschaftliche Interessen. Bekanntlich haben sie damit genau die Kräfte genährt, die sie heute bedrohen, nämlich islamische Fundamentalisten wie Osama Bin Laden mit seinem al-Qaida Netzwerk, die Taliban, die saudischen Geldgeber dieser Gruppen und zeitweise auch die Muslimbrüder.

Dagegen blieb die US-Politik auffällig kühl gegenüber gesellschaftlichen Prozessen, die Fundamentalismus oder autoritäre Regime heraus zu fordern suchten, wie in Algerien, Jordanien und Ägypten. Das hat nach Ansicht des US-Anthropologen Augustus R. Norton dazu geführt, dass sich in diesen Staaten die Aussicht auf eine Stärkung der Zivilgesellschaft verdunkelt hat.⁶³ Menschenrechtsverletzungen haben in diesen autoritären Regimen in den vergangenen Jahren zugenommen, ohne dass die USA dagegen protestiert hätten.

Auch für die Zivilgesellschaftsbewegung und andere säkulare, demokratische Kräfte in Syrien haben sich die Amerikaner bisher nicht erkennbar interessiert. Spricht man mit Syriern, hört man einstimmig die Auffassung, die USA dächten nicht wirklich an eine Demokratisierung des Nahen Ostens, wenn sie von einer „Neuordnung“ der Region sprächen, sondern an ein angenehmeres außenpolitisches Umfeld Israels und die Sicherung der Ölfelder.

Zweifel an Bushs Nahost-Politik bestehen freilich nicht nur in Syrien, sondern in wachsendem Maße auch im Umfeld des Präsidenten selbst. So zog der einflussreiche republikanische US-Außenpolitiker Brent Scowcroft die Absicht in Zweifel, den Nahen Osten wirklich demokratisieren zu wollen. Dies sei unrealistisch und gefährlich.⁶⁴

Demokratie aus dem Mund der Bush-Regierung sei eine leere Worthülse, meint auch der schottische Politologie und Nahost-Experte Raymond Hinnebusch. Was die USA wirklich wollten, seien „gefügige Regime“, eventuell mit demokratischem Anstrich aber mit autoritärem Kern, wie in Ägypten, Jordanien und eventuell auch im Irak.

„Wenn sich diese Regime wirklich demokratisieren sollten, müssten sie größere gesellschaftliche Ungleichheiten und islamistische Bewegungen bekämpfen“,

meint Hinnebusch. Deshalb bevorzugten die USA eher eine Pluralisierung als eine Demokratisierung. Ziel seien „liberale Oligarchien“.

63 Augustus Richard Norton (Boston University) in einem Vortrag auf der Konferenz „The Middle East After the Invasion of Iraq“ im Dänischen Institut am 24.10.03 in Damaskus.

64 „Scowcroft zweifelt an Bushs Nahost-Plänen“, in: *Die Welt*, 18.11.03, das Interview stammt aus der *Financial Times Deutschland*.

„Wenn man Demokratie [im Nahen Osten] fördert, würde Washington genau die Kräfte hervorrufen, die gegen ihre Interessen sind.“⁶⁵

Der Fall Libyen hat dies bestätigt. Nach langen diplomatischen Geheimverhandlungen haben die USA mit dem einstigen „Schurkenstaat“ unter Muhammad al-Qaddafi im Dezember 2003 einen überraschenden Kuhhandel abgeschlossen. Das autoritäre und potenziell dynastische Qaddafi-Regime erhielt den Segen der USA – vom Projekt einer Demokratisierung des Nahen Ostens war plötzlich keine Rede mehr. Der Preis: Im Gegenzug verzichtet Libyen auf die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, was vor allem im Interesse Israels ist.

Deshalb ist schwer zu durchschauen, welche Strategie die Amerikaner mit ihrem Druck gegen Syrien wirklich verfolgen. Das Ba'th-Regime ist – ob negativ oder positiv – stets ein Garant für Stabilität gewesen. Dagegen war das Land von 1949 bis 1970 der putschreichste Staat in der arabischen Welt.

Auch die syrische Präsenz im Libanon war bisher eher im amerikanischen Interesse. Besser ein „politisch administrierter Libanon“, wie es Kilo ausdrückt, als ein freier „Kristallisationspunkt von Terroristen“.⁶⁶ Das ist selbst im israelischen Interesse. Hinzu kommt die bereits erwähnte Zusammenarbeit auf Geheimdienstebene gegen bekannte Terroristen und Saddam-Anhänger im Irak. Deshalb fühlt sich Syrien auch (noch) nicht wirklich bedroht.

Dennoch hofft Washington wohl auf eine ähnliche Einschüchterung des syrischen Regimes wie im libyschen Fall nach der militärischen Kraft-Demonstration im Irak. Nun fordern die USA den völligen Abzug aller syrischen Truppen aus dem Libanon, obwohl Bashshar bereits beträchtliche Kontingente nach Hause gerufen und damit trotz der kritischen Wirtschaftslage zusätzlichen Druck auf den syrischen Arbeitsmarkt in Kauf genommen hat.⁶⁷ Nicht die Forderung als solche überrascht. Auch die meisten Libanesen würden die Syrer lieber heute als morgen aus dem Land haben. Der Zeitpunkt ist denkwürdig. Möglicherweise wiegen sich die syrischen Strategen in einer falschen Sicherheit und das Pentagon hat tatsächlich seine Grundhaltung geändert.

Bekanntlich haben die USA ihren Druck auf Syrien nach dem Irak-Krieg gekoppelt mit der Forderung, jegliche Unterstützung palästinensischer Organisationen aufzugeben. Außerdem drängt Washington Damaskus, öffentlich einen Verzicht auf Waffenvernichtungswaffen zu erklären – ohne die gleiche Forderung für Israel zu erheben. Viele vermuten dahinter immer deutlicher eine eigentlich israelische Agenda. Selbst US-Diplomaten in ihrer festungsähnlichen Botschaft in Damaskus, welche die Situation vor Ort aus eigener Anschauung kennen, sind von der Haltung ihrer eigenen Regierung nicht begeistert. Das ist unter Diplomaten in Damaskus kein Geheimnis.

Denn auch die US-Vertreter sehen die innenpolitischen Folgen, die oben erwähnt wurden. „Bush und Sharon sind ein Geschenk für die syrischen Hardliner“, zitiert

65 Raymond Hinnebusch (University of St. Andrews) in einem Vortrag auf der Konferenz „The Middle East After the Invasion of Iraq“ im Dänischen Institut am 25.10.03 in Damaskus.

66 Interview mit dem Autor am 28.04.03 in Damaskus.

67 Im Libanon befinden sich derzeit nach Medienberichten noch 15 000 bis 20 000 Soldaten. In den vergangenen zwei Jahren wurden 10 000 Mann abgezogen. Quelle: *Akhbar Al-Sharq*, 22.01.04.

Alan George treffend einen syrischen Liberalen.⁶⁸ Der Druck der USA auf Syrien führt eher zu einer Kontraktion des Regimes statt zu einer Bereitschaft zur inneren Öffnung. Zwar gibt es auch in der Zivilgesellschaftsbewegung abweichende Stimmen, die einem US-Druck positiv oder abwartend gegenüber stehen. Doch die Mehrheit der syrischen Oppositionellen befürchtet innenpolitisch eher einen Rückschritt, wie besonders an der Menschenrechtsfrage deutlich wird. Ausschlaggebend wird sein, wie die USA den Irak managen und wie sie ihre Glaubwürdigkeit in der arabischen Welt wieder, zumindest teilweise, herstellen können. Das wird jedoch kaum gelingen, solange die politische Doppelmoral zu Gunsten Israels unter Ariel Scharon fortbesteht.

Politische Optionen der EU

Mit den Verhandlungen über das wirtschaftliche Assoziierungsabkommen, trotz und gerade wegen des US-Embargos gegen Syrien, hat die EU deutlich gemacht, dass sie eigene Akzente setzt. Syrien sucht neue Partner. Die EU bietet sich jedoch zu Recht nicht bedingungslos an. Bisher verfolgen europäische Diplomaten in Damaskus eine Doppelstrategie. Einerseits betonen sie stärker als die USA das Thema Menschenrechte. Andererseits schließen die EU-Staaten nicht die Tür und setzen auf das bewährte deutsch-deutsche Prinzip „Wandel durch Handel“. Allerdings kritisieren einige Oppositionelle, dass die Europäer weitaus nicht alle Möglichkeiten nutzen, um Druck auf das Regime auszuüben (auch in der Frage der Menschenrechte).

Eine weitere Rolle fällt der EU zu: Einer Aushöhlung des Völkerrechts durch die USA und Israel entgegen zu wirken. Jeder Staat, auch Syrien, dessen territoriale Integrität aus völkerrechtlich nicht haltbaren Gründen verletzt wird (z.B. „präventive Selbstverteidigung“), muss wenigstens danach auf internationaler Ebene Recht und damit eine ideelle Kompensation durch den UN-Sicherheitsrat erhalten. Das ist im Oktober 2003 nach dem israelischen Angriff auf Syrien nicht geschehen. Die USA verhinderten in den Vereinten Nationen eine Verurteilung Israels. Wenn auch Syrien der UNO enttäuscht den Rücken kehrt und sich das angeschlagene Ba'th-Regime beim nächsten Mal zu einem militärischen Gegenschlag gedrängt sieht, könnte das fatale Folgen für die gesamte Region haben.

Schlussfolgerung

Die syrische Gesellschaft besitzt eine Vielfalt moderater Kräfte, eine intelligente Opposition und die Fähigkeit zur religiösen Toleranz. Das ist besonders im Nahen Osten nicht selbstverständlich. Der Westen sollte dies in seiner Politik berücksichtigen, trotz der berechtigten Bedenken, die mit der verkrusteten Ba'th-Diktatur einher gehen. Eine gute Außenpolitik muss mehr denn je nicht nur Aspekte der politischen, sondern auch der gesellschaftlichen Ebene berücksichtigen. Denn auch die neuen Akteure internationaler Auseinandersetzungen, wie al-Qaida und andere Terroristen, sind keine staatlichen, sondern gesellschaftlich-kulturelle Protagonisten.

⁶⁸ George (2003), S. 169.

Syrien hat gute Voraussetzungen weder den irakischen noch den ägyptischen Weg gehen zu müssen. Also weder einen schockartigen Regimewechsel mit ordnungspolitischen Zusammenbruch und einer Ethnisierung der Politik erleben zu müssen noch in die Verlegenheit zu kommen, eine tief mit islamistischem Gedankengut durchsetzte und größtenteils verarmte Bevölkerung zu unterdrücken und mit einer westlichen Fassade zu versehen.

Die Ba'th-Ideologie war längst vor Hafiz al-Asads Machtübernahme verwässert worden und ist inzwischen fast vollständig verblasst. Aus der vor-Ba'th-Zeit ist unter anderem eine diffuse, jedoch weit verbreitete Abneigung gegenüber fundamentalistischen islamischen Ideen und eine relativ „säkulare“ syrische Gesellschaftsordnung übrig geblieben. Das sind genau die Anknüpfungspunkte moderner Außenpolitik nach dem 11. September. Hier sollte der Westen ansetzen, und zwar nicht mit Militärpolitik, sondern mit politischer Feinjustierung (*political engineering*).

Die Frage, die Syrien derzeit beschäftigt, ist, ob ein Umbruch – der langfristig unvermeidlich scheint – von innen oder von außen kommen kann und soll. In diesem Punkt gehen die Meinungen innerhalb der Opposition durchaus auseinander. Einige sehen es als Verdienst der USA an, dass Syrien außenpolitisch fast isoliert ist und sich bewegen muss.

Die Mehrheit selbst der liberalen Opposition ist der Auffassung, die auch in der Petition vom Mai 2003 zum Ausdruck kommt: Die Gefahr droht nicht nur von einem maroden Regime und vom Erzfeind Israel, sondern auch von den USA. Die meisten hegen Zweifel an den Methoden und Motiven Washingtons. Eine wahre Demokratisierung könne nicht durch eine Stigmatisierung des Regimes als Teil der „Achse des Bösen“ erreicht werden. Sie müsse von innen kommen, gleichwohl durch moralische und wirtschaftliche Unterstützung von außen.

Eine dreifache Strategie wäre sinnvoll: Einerseits die Zivilgesellschaftsbewegung und andere moderate Kräfte zu unterstützen, andererseits mit dem Konzept „Wandel durch Handel“ die Wirtschaftsbeziehungen auszubauen. Gleichzeitig macht es Sinn, den offiziellen politischen Dialog zu intensivieren – allerdings mit klaren Bedingungen und mit Fokus auf dem Präsidenten selbst, der im Volk ausreichend Legitimität besitzt und mit den Ideen der Zivilgesellschaftler zu sympathisieren scheint. Noch besteht die Chance, dass er sich von den Bremsern und persönlichen Konkurrenten befreien kann. Erst dann wird man seine endgültigen Absichten und Fähigkeiten beurteilen können. Bashshars Schicksal ist auch ein Test dafür, ob sich in dieser Region ein Präsident mit einem schweren Erbe an der Macht halten kann, der kein skrupelloser und brutaler Machtpolitiker ist.

Bei einer zunehmenden Schwächung Bashshars sieht ein Blick auf die Alternativen, zumindest innerhalb des traditionellen Dunstkreises, düster aus. Noch immer wartet beispielsweise Hafiz' Bruder Rif'at im Exil auf seine Chance, der mit vielen Gewalttaten in Verbindung gebracht wird. Bis heute pflegt er seine Unterstützer in oppositionellen alawitischen Kreisen.

Ein als gerecht empfundener Friede mit Israel käme Bashshar innenpolitisch sehr gelegen. Ermutigend sind Anzeichen einer neuen außenpolitischen Orientierung Syriens, zu der die jüngste Annäherung an die Türkei zählt. Ankara könnte zugleich

eine wichtige Rolle spielen bei einer möglichen Verständigung mit Israel und bei dem Streit um Wasserrechte.

Die Gefahr der militärpolitischen und monolithischen Herangehensweise der USA besteht darin, wertvolles Kapital zu zerschlagen, das mittelfristig eine positive Veränderung innerhalb eines Staates herbei führen könnte, und zwar mit friedlichen Mitteln. Die Alternative, die die Vereinigten Staaten im Irak präsentiert haben, hat bisher nicht überzeugen können. Abgesehen von einem als rücksichtslos und kulturell ignorant empfundenen Auftreten haben politisch-konzeptionelle Fehler die Chance zu einem hoffnungsvollen Neuanfang beeinträchtigt. So wurde der Regierungsrat ausgerechnet mit ethnischen und religiösen Repräsentanten statt mit zivilgesellschaftlichen Kräften besetzt. Das liefert dem syrischen Regime – und großen Teilen der syrischen Bevölkerung – gute Argumente für den Status quo.

Trotzige Gegenreaktionen einer politischen Islamisierung, wie im Irak zu beobachten, sind schnell ausgelöst. Sie fressen sich zügig in das Gedankengut von Generationen durch nationale Erziehung, bereit stehende Infrastruktur, wie Koran-Schulen und Moscheen. Eine „säkulare“ Philosophie moderater Intellektueller oder eine liberale islamische Alternative à la Habasch sind dagegen schwieriger zu vermitteln, besonders in einer aufgeheizten Atmosphäre wie der des Nahen Ostens. Denn sie bedürfen eines zäheren rationalen Diskurses und Meinungsbildungsprozesses. Sie leben nicht von leicht abrufbaren Symbolen und Massenmobilisierungen durch billige Parolen. Deshalb sollte eine verantwortungsvolle Außenpolitik nicht dazu beitragen die Atmosphäre weiter anzuheizen. Im Lärm gehen differenzierte und gemäßigte Stimmen unter.

Die syrische Gesellschaft ist in den vergangenen Jahrzehnten sichtbar und spürbar konservativer geworden. Die Kluft zwischen Anhängern des „Säkularismus“ und islamischen Kräften ist gewachsen. Ob sich gemäßigte oder radikale islamische Strömungen durchsetzen, liegt auch in der Hand außenpolitischer Akteure. Ein gewaltsamer Umsturz in Syrien wäre weder im Interesse des Westens noch der zivilgesellschaftlichen Kräfte im gesamten Nahen Osten.

Die Tatsache, dass das syrische Regime trotz seiner verfahrenen Lage nicht dem Beispiel Saddams und seines islamischen Populismus gefolgt ist und eher den Kontakt zu moderaten Kräften sucht, sollte ermutigen. Der Westen darf das Regime auch nicht in die falsche Richtung treiben. Nur so besteht die Hoffnung, das unvollendete und durch Stammes- und Konfessionsdenken verzerrte „säkulare“ Erbe der Ba'thisten in einen moderaten, pluralistischen Staat mit einer möglichst starken Zivilgesellschaft zu transformieren.